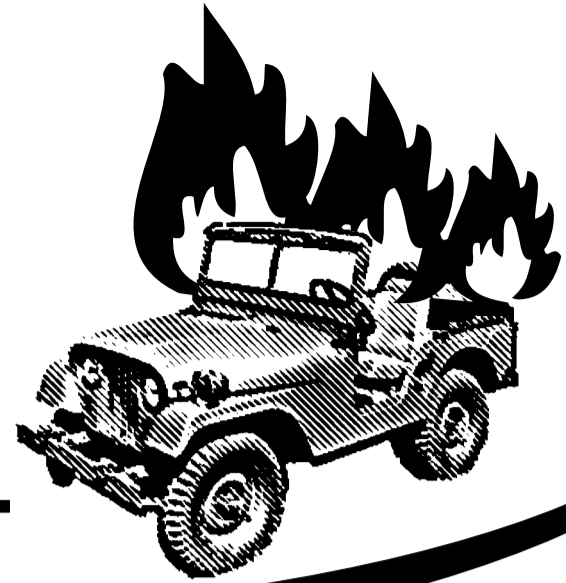


DASENDE EINER DIENSTFAHRT



INHALT SEITE 2: DER FUCHS IM HÜHNERSTALL: STUDIEN ZU LINKER GEWALT · DER 1. MAI, WIR SIND DABEI! BILANZ DES 1. MAI 2009. / SEITE 3: NÄCHSTER SCHRITT: REVISION. SCHRIFTLICHE URTEILSBEGRÜNDUNG IM MG-PROZESS IST DA. / SEITE 4: AUFRAPPELN, KÄMPFEN UND AIROBIC MACHEN. 156 TAGE IM FRAUENKNAST PANKOW. / SEITE 5: AFGHANISTAN: NO JUSTICE, NO PEACE. EIN REISEBERICHT. / SEITE 6: NICHTS WIE ES SCHEINT. DIE TÜRKEI: ALTE POLITIK IM NEUEN GEWAND. / SEITE 7: FESTE FEIERN, WIE SIE FALLEN. ANTIMILITARISTISCHE PROVOKATIONEN · AUS DEN WAFFENSCHMIEDEN DER NATION / SEITE 8: WIDERSTAND IN DEN USA- ON THE MOVE

ZEITUNG GEGEN KRIEG, MILITARISMUS, DIE MG-VERFAHREN UND REPRESSION



SOLIDARITÄT STATT KRIEG FÜHREN

Während die Journaille den politischen 1. Mai denunziert und die organisierten linken Strukturen für Gewalttaten aller Art schon in hetzerischem Vorauswahn verantwortlich macht, wird in aller Ruhe in Afghanistan Krieg geführt. Um 500 Soldaten/innen wird das deutsche Afghanistan-Kontingent erhöht und weitere 350 stehen als „flexible Reserve“ für besondere Situationen bereit. Die Bundeswehr rüstet auf. In den nächsten 12 Monaten bekommen die Kriegshandwerker zusätzlich 271 Millionen Euro sowie mehr als eine Milliarde für so genannte Zusatzkosten für den Krieg in Afghanistan. Diese Kosten tragen natürlich wieder die Leute, die selbst kaum etwas in der Tasche haben.

Wer bezahlt im Krieg?

Natürlich zuallererst die Menschen, die im Krieg getötet werden. Also hauptsächlich die Frauen, Kinder und Männer, die in Afghanistan leben. Die Angaben über die Zahl der bisherigen Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung variieren. Alle Berichte von Augenzeugen sowie von regierungsamtlichen Beobachtern haben eines gemein: Je länger der Krieg andauert, desto mehr Menschen sterben.

Die Bundesanwaltschaft stuft den Einsatz der Bundeswehr jetzt als „nicht internationalen bewaffneten Konflikt“ ein. Ab sofort gilt das Völkerstrafrecht und deutsche Soldaten/innen dürfen diesem zufolge unbeteiligte Zivilist/innen töten, „wenn die Getöteten in

angemessenem Verhältnis zum erwartenden militärischem Vorteil stehen“. Die Hemmschwelle für die Tötung unbeteiligter Zivilist/innen wird damit weiter herabgesetzt. Diese Situation als legalisierten Staatsterrorismus zu bezeichnen ist aus unserer Sicht zutreffender. Gebetsmühlenartig wird behauptet, es gehe bei dem Krieg darum, mit Hilfe der Bundeswehr den demokratischen Aufbau eines Staates abzusichern, der dann keinen Terror mehr exportiere. Eine glatte Lüge, denn die Lebensbedingungen der Bewohner/innen Afghanistans werden gezielt vernichtet. Laut der Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) verschlechterte sich die soziale Situation im Land dramatisch seit Beginn des Krieges: 40% der Bevölkerung sind arbeitslos. Die meisten Menschen sind chronisch unterernährt und haben keinen gesicherten Zugang zu Trinkwasser. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist drastisch gesunken, ebenso wie die Alphabetisierungsrate. Der Krieg soll die Afghanen/innen befreien, aber das Gegenteil ist der Fall. So wird der Krieg angeblich auch für die Frauenrechte geführt. Aber den Frauen in Afghanistan geht es momentan schlechter denn je, wie auch UN-Berichte belegen: Frauen werden vermehrt körperlich angegriffen und von ihren öffentlichen Positionen verdrängt.

Es liegt auf der Hand, dass es sich um einen Eroberungskrieg aus geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen handelt und nicht um einen Krieg aus humanitären Gründen.

Aber wir erleben derzeit auch einen kleinen Krieg gegen auserkorene Feinde im Inneren des Landes. Er geht mit Hetze, mit Polizeimaßnahmen, mit Überwachung und Kontrolle gegen Andersdenkende, die den Normalzustand von Krieg und Ausbeutung nicht hinnehmen wollen, einher. Besonders vor und nach dem 1. Mai in Kreuzberg wird offensiv gehasst.

Der Mai ist gekommen...

Seit langem gibt es Versuche gegen die politischen 1. Mai-Umzüge vorzugehen. Rund um den 1. Mai 2009 wurden drastische Strategien der Abschreckung entwickelt: Einzelne Aktivist/innen wurden angeklagt, erhielten lange Untersuchungshaft-Zeiten und wurden in der Presse vorverurteilt. Die Unschuldsvermutung wurde speziell bei Angeklagten vom 1. Mai außer Kraft gesetzt und die Untersuchungshaft als präventive Strafe benutzt. Jedoch konnte eine zum Teil breite Solidarität einige Angeklagte unterstützen und deren Freilassung erwirken. Eine Spaltung zwischen den so genannten Gewalttätern/innen und dem vermeintlich gewaltfreien Rest der Gesellschaft gelingt den Verfolgungsorganen allerdings immer wieder. Einige Angeklagte und deren Umfeld distanzieren sich vehement von jeder Gewaltausübung. Ein Ziel von Herrschaft ist mit der erfolgten Spaltung erreicht. Gewalt ist aber nicht gleich Gewalt: Unsere Gesellschaft ist von Strukturen der Gewalt durchzogen: Stichworte sind Krieg,

Rassismus und Sexismus.

Wen stört es schon, wenn an den Außengrenzen Europas Tausende von Flüchtlingen grausam ertrinken, verdurstet oder Opfer von Gewalttaten werden. Europa lebt. Demgegenüber gelten Aktionen, die diese Politik angreifen, als Gewalt, die bekämpft werden muss. Für diese legitimen Aktionen müssen wir eintreten und mit ihnen sollten wir solidarisch sein, wenn wir noch etwas ändern wollen.

Was nun?

Wir müssen aber auch mit folgender Realität leben: Immer wieder kommt es zu Aktionen, Steinwürfen, die Unbeteiligte verletzen. Es werden ziellose militante Aktionen unternommen, für die später keine Verantwortung übernommen wird. Emanzipatorische Politik könnte und sollte anders aussehen. Deshalb müssen wir uns bemühen, den 1. Mai wieder politischer zu gestalten. Es sollte im Vorfeld mehr diskutiert werden. Organisierte Gruppen sollten Aufgaben zum 1. Mai übernehmen, damit dessen Organisation auf vielen Schultern ruht. Auf den Demos sollten Inhalte vermittelt werden, die von den Menschen aufgenommen werden können und keine sich ewig wiederholende abgehobene Kapitalismuskritik.

Wir sollten uns auf den Demonstrationen selbstdiszipliniert verhalten: wir bilden Ketten, sind drogenfrei und vertreten bewusst unsere Inhalte und

verteidigen unsere Utopien. Unsere momentane Schwäche ist die mangelnde Organisation. Wir schreiben in jedes Flugblatt: „Organisiert euch“, schaffen es im Alltag aber kaum, uns aufeinander zu beziehen oder gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Deshalb ist der 1. Mai auch ein Symbol, das wichtig ist, um die politischen Unterschiede nicht in Abgrenzung wirken zu lassen. Allein dafür lohnt es sich schon, am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Natürlich ist den Körtings, Glietschs und Co's das Gesaule und Geraufe während des Myfestes lieber als der zielgerichtete Protest und die politische Gesinnung, die ihren terroristischen Lebensnerv angreifen wollen. Diese Herrschaften wollen, dass immer mehr Freiheitsrechte eingeschränkt und Grundrechte in Frage gestellt werden, und dass sie dies mit der Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründen können.

So einfach wollen wir es ihnen nicht machen. Deshalb wird es auch dieses Jahr wieder einen Revolutionären 1. Mai geben, um ihnen in die Suppe zu spucken!

Die Hoffnung auf eine Welt ohne Krieg, ohne Herrschaftsverhältnisse lebt im 1. Mai weiter!

**IN EIGENER
SACHE**

**Hinterhältige
Sprachakrobatik**

Als unerträglich beschönigende Kriegs-PR rauscht Merkels Kommentar über den „verabscheuungswürdigen und hinterhältigen Angriff auf unsere Soldaten in Afghanistan“ durch den deutschen Blätterwald. Immer mehr verschwimmen dabei die Grenzen zum Nazi-Jargon der Partisanenbekämpfung. Als feige und hinterhältig wird definiert, wer sich nicht im offenen sportlichen Schlagabtausch (zwischen Kalaschnikow und High-Tech-Armee) abschlagen lässt. Achtung hingegen erfährt, wer am Monitor einer Drohnen-Leitstelle aus einigen Tausend Kilometer Entfernung per Knopfdruck Ziel- und Zivil(!)-Personen exekutiert. Seinen psychischen Folgeproblemen gilt die Sorge. Eine ekelhaft rassistische Zuschreibung, die hier „im deutschen Interesse“ geleistet wird! Die Staatsraison verlangt inzwischen öffentliche Trauer um deutsche Gefallene, für kollateral niedergeschossene afghanische Soldaten hingegen reicht eine Handvoll Euro an die Hinterbliebenen allemal aus.

Warum „Das Ende einer Dienstfahrt (DEeD)“ weitermachen wird:

„Das Ende einer Dienstfahrt (DEeD)“ war bislang hauptsächlich die Prozesszeitung im sogenannten mg-Prozess. DEeD verstand sich aber von Anfang an auch als Zeitung gegen Repression und Militarismus. Für die DEeD-Redaktion stellt sich nun die Frage „Wie weiter?“. Da die widerwärtigen Dienstfahrten von Merkel & Co. weder im Innern noch nach außen hin ein wünschenswertes Ende finden, sehen das Einstellungsbündnis und die Redaktion viele gute Gründe für eine Fortführung des Zeitungsprojekts - die aktuelle Ausgabe 5 ist damit eine Zwischenlösung.

Zum Inhalt:

In dieser Ausgabe bringen wir unter anderem eine Bewertung des vorläufig zu Ende gegangenen mg-Prozesses. Den notwendigen Blick nach vorn wirft unsere Titelgeschichte zum 1. Mai 2010, gefolgt von Kommentaren zu den letzten 1. Mai-Studien. Ein Interview mit Alex zeigt ihre Erfahrungen im Frauenknast und die Auseinandersetzung mit Repression. Repression anderer Dimension behandeln die Artikel zu Guantanamo und zu Mumia Abu-Jamal, eine DER Stimmen gegen Unterdrückung und für Solidarität, z.B. für die Organisation MOVE, deren brutales Ende sich am 13. Mai zum 25. Mai jährt. Mit aktuellen Gastartikeln zu Afghanistan und Kurdistan bemühen wir uns um die internationalistische Erweiterung unseres Blickfeldes. Der Krieg ist ein Geschäft, und dieses Geschäft boomt. Ab dieser Ausgabe stellen wir regelmäßig Geschichte und Praxis deutscher Rüstungskonzerne vor und beginnen mal mit Rheinmetall. Mit seinen Aktionen zeigt das *Büro für antimilitaristische Maßnahmen (BAMM) regelmäßig, dass medienwirksame Kritik gegen Militarismus und Krieg möglich ist. ... und weil die militärischen Abenteuer in Deutschland offensichtlich kein Ende finden, dokumentieren wir mit Unterstützung der IMI, von Bundeswehr wegtreten und der PanzerknackerIn weiterhin gerne antimilitaristische Endpunkte unheilvoller Dienstfahrten.

Einstellungsbündnis
redaktion@einstellung.so36.net
April 2010

DER FUCHS IM HÜHNERSTALL

ZWEI STUDIEN ÜBER LINKE GEWALT

Juli 1967 : In einem Prozess gegen die Kommune 1 - Mitglieder Fritz Teufel und Rainer Langhans - vor dem Landgericht Berlin beabsichtigt das Gericht, die Angeklagten psychiatrisch untersuchen zu lassen. Die Angeklagten stimmen der Untersuchung unter der Bedingung zu, dass Richter und Staatsanwalt sich ebenfalls untersuchen lassen.

Der Berliner Senat hat die geneigte Öffentlichkeit im letzten halben Jahr gleich mit zwei Studien zur Erforschung

„linker Gewalt“ in Berlin beglückt. Vorlegen durfte das Landesamt für Verfassungsschutz im Oktober 2009. In der 88-seitigen Studie nimmt das Landesamt Alter, Geschlecht, Schulbildung, Familienstand und Tatvorwürfe „politisch motivierter Gewalt - links“ ins Visier, kombiniert dies mit Wohn- und Tatorten und kommt zu dem schlichten Ergebnis, dass man nun schon wisse, wo man die Täter zu suchen habe: in den „verdichteten Räumen linker Gewalt“ in den Szenebezirken Kreuzberg, Friedrichshain, Mitte

und Prenzlauer Berg.

Dementsprechend wird flächendeckend ergriffen, wer die Frechheit besitzt, in Nächten mit erhöhter Fahrzeugbrandsetzungstendenz auf der Strasse herumzulaufen - mit mässigem Erfolg, wie die häufigen Freisprüche der letzten Monate beweisen.

Wohin die Reise gehen soll, lässt uns der Innensenator Körting bereits im Vorwort der Studie wissen : „Linksextremistische Gewalttäter berufen sich häufig auf Werte, die auch Demokraten wichtig sind, wie „soziale Gerechtigkeit“ oder „Antifaschismus“. Dies ist jedoch nur der Versuch, die eigene Intoleranz und Gewaltbereitschaft zu rechtfertigen.“

Auf einem Symposium im November 2009, das der Vorstellung der Studie diente, wird die versammelte Aufstandsbekämpfungsmafia noch deutlicher: Die Zivilgesellschaft dürfe, z.B. im Bereich Antifaschismus, keine Bündnisse mehr mit Linksextremisten eingehen. Vielmehr müsste diesen das Wasser abgegraben werden, indem man diskursiv ihre Themenfelder besetzt. Es gelte, mit denjenigen zu reden, die gegen Gewalt seien, gegen den Rest helfe nur Repression.

In einer weiteren Studie durfte die FU Berlin - Sektion Jura - die „Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin“ analysieren. Für schlappe 69.000 € kommt die Studie auf 135 Seiten zu dem dürftigen Ergebnis, dass am 1. Mai in Kreuzberg zu viel getrunken wird (Berliner Morgenpost: Senat will Alkoholkonsum am 1. Mai einschränken!) und Festnahmen aus größeren Menschengruppen heraus zu Solidarisierungskaktionen der Umstehenden führen. Insgesamt war man auf der politischen Ebene mit dem Ergebnis der Studie wohl weniger zufrieden; vielleicht

deswegen, weil darin gelegentlich mal von unverhältnismäßigem Vorgehen der Polizei die Rede ist.

Aber Spaß beiseite: Wann erscheint die Studie über das tägliche gewalttätige Vorgehen dieses Staates ? Ob in Afghanistan und anderen Trikont-Staaten, wo die aufmüppige Bevölkerung mit deutschen Waffen niedergehalten wird, ob im eigenen Land, wo Lohndumping, Bildungsmisere, Massenverelendung durch Hartz IV, rassistische Behandlung von Flüchtlingen und das Verprügeln linker Jugendlicher, die sich gegen Naziübergriffe wehren, an der Tagesordnung sind und wo es für die herrschende Klasse nur ein Gesetz zu geben scheint: Das der Freiheit eines freien Fuchses in einem freien Hühnerstall !



DER 1. MAI, WIR SIND DABEI!

BILANZ DES 1. MAI 2009

In Vorbereitung auf den 1. Mai 2010 wollen wir eine Zusammenfassung der Ereignisse um den 1. Mai 2009 versuchen, um euch einen Über- und Ausblick zu gewähren.

Rund um den 1. Mai 2009 hat es in Berlin nach unseren Erkenntnissen 294 Ingewahrsamnahmen und Festnahmen gegeben. 216 davon wurden im Rahmen der 18-Uhr-Demo festgenommen. 48 im Umfeld der Anti-NPD-Demo in Köpenick und 30 rund um den Boxhagener Platz zur Walpurgisnacht. Die Bilanz am 3. Mai 2009 zeigte: Von den uns bekannten 53 haftrichterlichen Vorführungen am Tempelhofer Damm wurde gegen 18 Festgenommene Haftbefehl erlassen. Gegen 21 weitere Festgenommene wurde zwar ein Haftbefehl erlassen, sie wurden aber bis auf weiteres von der Haft verschont.

Nicht immer hatten die EA-Anwält_innen die Möglichkeit die Festgenommenen in den Sammelstellen (am Tempelhofer Damm und in der Kruppstraße) zu sehen und zu beraten. Nach einer Kritik des Republikanischen Anwaltsvereins wurde dies von Seiten der Polizei mit trockenen bürokratischen Hinweisen zur Raumknappheit und Personalproblemen begründet. Für uns ist es einerseits Ausdruck der schlechten Organisation und andererseits

Willkür und Schikane der staatlichen Repressionsorgane. Es geht ja auch nur um Freiheitsentzug...

Inzwischen sind die meisten Prozesse zum 1. Mai mit teilweise hohen Haftstrafen, aber auch mit Bewährungsstrafen zu Ende gegangen. Unseren Informationen nach gab es 17 Verurteilungen. Trotz der internen Anweisung der (politischen) Staatsanwaltschaft, eine härtere Gangart einzulegen, ist es schwer zu sagen, ob allgemein härter verurteilt worden ist. Es gab bereits in den letzten Jahren harte Urteile und hohe Strafen rund um den 1. Mai. Wie schon zuvor wurde häufig mit der guten alten „Generalprävention“ argumentiert. Aus diesem Grund wurde in den Prozessen eine Verteidigung auf Freispruch als nahezu chancenlos eingeschätzt. Trotzdem sind uns vier Freisprüche und zwei Verfahrenseinstellungen bekannt.

Neu waren die Vorwürfe wegen versuchten Mordes im Zusammenhang mit dem 1. Mai. In vier Fällen sollen Demonstranten Mollis geworfen haben. Vor allem der Prozess gegen Yunus und Rigo hat dabei viel Aufmerksamkeit erfahren. Nach einer so langen Untersuchungshaft einen Freispruch zu erwirken ist sicherlich eine Ausnahme. Wir werten die Mordvorwürfe und die

harte Verfahrensweise, die sich z.B. in der langen U-Haftdauer niedergeschlagen hat, als Teil einer Abschreckungsstrategie.

Der 1. Mai 2009 war offensiver als die Jahre zuvor. Die Vorverurteilungen der Festgenommenen durch Presse, Polizei und Staatsanwaltschaft dafür um so schneller. Wir dürfen für dieses Jahr gespannt sein.

Fragt man uns nach einem Ausblick für den kommenden 1. Mai, so erwarten wir keine großen Überraschungen. Wir freuen uns auf große, offensive, aussagekräftige und einfallreiche Demos und Aktionen, besonders gegen die Nazis. Für den Fall der Fälle sind wir rund um die Uhr unter der Telefonnummer 030-692 22 22 erreichbar. Wir wünschen uns auch dieses Jahr wieder ein solidarisches Demo-Verhalten, soll heißen: Kein Alkohol, keine Drogen, keine Fotos, keine Aussagen bei Bullen und Justiz. Lasst persönliche Aufzeichnungen/Adressen/Telefonnummern zu Hause und räumt dort vorher auf!

Denkt daran, dass für die Gefangenen nach dem 1. Mai noch lange nicht alles vorbei ist!
Solidarität statt Paranoia!

EA Berlin

KEINE SORGE :

***REVOLUTIONSSTEUERN*
WERDEN WIR SPÄTER ERHEBEN!
BIS DAHIN TUTS AUCH
EURE *SPENDE* !**

BITTE AUF FOLGENDES KONTO :

Thomas Herzog
Postbank Essen
KTO 577 701 432
BLZ 360 100 43
Verwendungszweck: Sonderkonto
IBAN DE46 3601 0043 0577 7014 32
BIC PBNKDEFF

Rote Hilfe e.V.
GLS-Bank
Konto: 4007 238 317
BLZ 430 609 67
Verwendungszweck:
Repression 31.7.2007

**Der Berliner
Ermittlungsausschuss (EA)**

ist eine Rechtshilfegruppe, die seit ungefähr 30 Jahren existiert. Wir kümmern uns bei linken Demonstrationen und Aktionen um Festgenommene, wenn umstehende Menschen deren Namen an uns weitergeben, so dass wir ihnen Rechtsanwält_innen vermitteln können und sie nicht einfach in U-Haft „verschwinden“. Wenn es trotzdem so weit gekommen ist, betreuen wir Inhaftierte und beraten in der Sprechstunde immer Dienstags von 20-22 Uhr zu allen Fragen rund um Repression.

Ermittlungsausschuss Berlin
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Telefon:

030/69 22 222

e-mail und pgp-Schlüssel:
<http://www.ea-berlin.net>

Soli-Arbeit kostet!

Daher sind Spenden für den EA immer willkommen:

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Kto. 74 03 88 70 18
BLZ: 100 900 00
Berliner Volksbank

ANTIMILITARISTISCHER
TICKER

28.08.2009 Hannover

Rund 400 AntimilitaristInnen stören das „Sommerbiwak“ der 1. Panzerdivision im Stadtpark Hannovers. Die anreisenden Gäste wurden angepöbelt und belästigt. Tote Puppen und Leichenteile pflastern den Weg. Ein Panzer aus Pappe und die umstehenden Bullen werden mit roter Farbe gesprenkelt. Diese Division ist eine der Speerspitzen deutscher Angriffskriegsführung und stellt unter anderem die schnelle Eingreiftruppe. Zu diesem bereits zum 36. Mal stattfindenden Fest sind bis 6500 honorige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Militär geladen.

06.-11.09.2009 London (UK)

Unterstützt durch Farbbeutel und entgaste Scheiben öffnete die weltweite größte Waffenmesse DSEI (Defence Systems Equipment International) ihre Tore. Im Fokus der AntimilitaristInnen standen die Finanziere des Krieges wie Barclays (Großaktionär bei Rüstungsfirmen wie EADS, Lockheed Martin & Raytheon), die Royal Bank of Scotland, die britische Waffenfirmen mit Krediten versorgt (u.a. für Streubomben und Uranmunition) und auch die britische Telecom, die für über 59 Millionen Pfund Aktienanteile in der Rüstungsproduktion besitzt.

11.09.2009 Berlin

Ein Bus der Bundeswehr wird am Alexanderplatz in Solidarität mit den drei der mg-Mitgliedschaft Angeklagten angezündet. Größerer Sachschaden entsteht nicht, da die Polizei vorher löscht.

17.10.2009 Manchester (UK)

Ein Demonstrationszug zum Gelände der Firma Brimar protestiert mit der Kampagne Target Brimar gegen die Herstellung von Displays und Bildschirmen die u.a. für die Zielvorrichtungen in Panzern und Helikoptern bestimmt sind. Kunden dieser Firma sind das israelische, das US-amerikanische und das britische Militär. Die Kampagne erklärte ihre Solidarität mit der Aktion der „Decommissioners“, die im Januar 09 ins Werk des Bombenausklankmechanismusherstellers EDO eindrang und Material in Höhe von 300.000 € vernichtete. Die Verhandlung wird voraussichtlich am 17. Mai 2010 beginnen. In der Vergangenheit wurden AntimilitaristInnen in Großbritannien mehrfach für das Unschädlich machen von Kriegsgerät freigesprochen.

17.10.2009 Berlin

Nachdem Axel, Oliver und Florian am 16.10.2009 zu 3 bzw. 3,5 Jahren verurteilt werden, werden in der Nacht zum 17. Oktober in Kreuzberg zwei Transporter der Firma Imtech angezündet. Eine Imtech-Gruppe, der seit 2002 existierenden Imtech, die Imtech Marine Offshore BV, arbeitet mit an der Ausrüstung deutscher, britischer, niederländischer polnischer, singapurischer und indonesischer Kriegsschiffe.

13.11.2009 Edinburgh (Schottland)

Im Rahmen der parlamentarischen Versammlung der NATO gelingt es AktivistInnen von Trident Ploughshares (Schwerter zu Pflugscharen) den Eingang des Tagungsortes für einige Minuten zu blockieren. Forderungen: sofortiges Moratorium für Drohnen und Luftangriffe, ein Ende des Krieges in Afghanistan und die langfristige Auflösungen der NATO.

01.12.2009 Magdeburg

In der Nacht werden im Rahmen des Aktionstages gegen COP15 alle DHL-Paketstationen der Stadt lahm gelegt. Die Stationen werden mit Sprüchen verziert wie „Deutsche Heeres Logistik sabotieren!“ und ihre Displays werden zerstört.

Im Oktober 2009 wurden Axel, Oliver und Florian zu 3,5 bzw. 3 Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sie als Mitglieder der militanten Gruppe (mg) versucht haben, im Juli 2007 Bundeswehrfahrzeuge in Brandenburg/Havel anzuzünden. Direkt nach dem mündlichen Urteil kündigten die Anwält_innen Revision an. Nach dem mündlichen Urteil ist nun auch die schriftliche Begründung des Kammergerichts Berlin eingegangen.

100 Seiten lang erklären die Richter, warum Axel, Oliver und Florian Mitglieder der militanten Gruppe gewesen sein sollen. Kein Wort darüber, warum Menschen in diesem Land überhaupt auf die Idee kommen, Bundeswehrfahrzeuge unschädlich zu machen, kein Wort darüber, dass der Krieg in Afghanistan völkerrechtswidrig ist und der Einsatz der Bundeswehr von vielen Menschen in der Bundesrepublik abgelehnt wird. Auch kein Wort darüber, dass diese konkrete Abrüstungsinitiative möglicherweise Schlimmeres verhindert hat. Denn was in Deutschland brennt, kann in Afghanistan keine Schäden anrichten. Stattdessen ein Urteil „im Namen des Volkes“.

Insgesamt lässt sich sagen, die Begründung ähnelt sehr dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft (BAW). Wie die BAW, sieht auch das Gericht die Auflösungserklärung der militanten Gruppe in der „radikal“ als Versuch, „Einfluss auf die Beweisaufnahme zu nehmen“. Dem BKA-Beamten Oliver Damm, der das Gericht belogen hatte, indem er die Beteiligung des BKA an der „Militanzdebatte“ verschweigen wollte, wird in der Urteilsbegründung dagegen bescheinigt, „glaubhaft“ zu sein. Einzig etwas weniger Beweiskraft hatte der eingeführte Spitzel, dem auch das Gericht nur zuerkennt, nach dem „Hören-Sagen“ berichtet zu haben. Verständlich sagen die Richter, denn „die Zeugen haben sich, wie auch das ergänzende Behördengutachten, zum Zweck des Quellenschutzes nicht zur Person des Informationsgebers geäußert und die Art und Weise der Überprüfung nur angedeutet, da „bei Aufdeckung eine nachhaltige Beeinträchtigung des gesetzlichen Auftrages des Bundesamtes für Verfassungsschutz drohe.“

militante Gruppe: dünne Belege

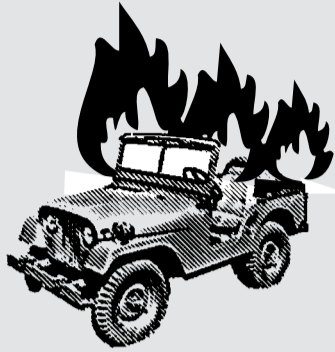
Dünn sind auch die Belege über die militante Gruppe selbst. So wird ausgeführt, dass die Gruppe immer mindestens drei Mitglieder hatte, ohne dies konkret für den gesamten Zeitraum der Gruppenexistenz belegen zu können. Das aber ist eine Voraussetzung für eine Verurteilung nach § 129. Ebenso dünn auch die Begründungen, warum die drei Mitglieder sein sollen. Hier wird in erster Linie das bei Durchsuchungen gefundene „Mini-Handbuch für Militante“ herangezogen, ohne dass ein Zusammenhang der gefundenen Papiere zur mg tatsächlich hergestellt werden kann.

Die Anwält_innen werden nun auf der Grundlage des schriftlichen Urteils ihre Revision begründen. Der Bundesgerichtshof entscheidet darüber im Laufe des Jahres 2010. Lehnt er die Revision ab, wird das Urteil rechtskräftig und die drei müssen die Haft antreten.

Es zählen die Ermittlungen

Soweit zum juristischen Teil. Ermittlungen im Bereich des § 129 dienen ausschließlich der Ausforschung und der Repression, das hat mit klassischer Strafverfolgung ebenso wenig zu tun wie die dazugehörigen Prozesse mit fairen Verfahren, da hier – so auch im Fall des mg-Prozesses – auf rechtsstaatliche Standards verzichtet wird. Prozesse nach § 129 werden in Deutschland gleich vor Oberlandesgerichten (in Berlin ist dies

das Kammergericht) verhandelt. Eine Handvoll Richter_innen entscheidet auf dieser Ebene, darüber gibt es keine weitere Instanz. Aber in den seltensten Fällen kommt es überhaupt zu Anklagen. Denn beim § 129 zählen die Ermittlungen. Der Paragraf ermöglicht es dem BKA, weitreichende Überwachungen durchzuführen. Doch das ist nicht der einzige Grund, warum der § 129 a,b seit seiner Einführung heftig umstritten ist.



NÄCHSTER SCHRITT: REVISION

SCHRIFTLICHE URTEILSBEGRÜNDUNG
IM MG-PROZESS IST DA

Gesinnungsjustiz

Hier werden keine konkreten Taten verhandelt, hier geht es um Gesinnung. Ist erst einmal eine „terroristische“ oder „kriminelle“ Vereinigung konstruiert, können den Angeklagten sämtliche Straftaten, die diese Vereinigung begangen hat, angelastet werden. So werteten die Richter die politische Prozessklärung der Angeklagten als Einlassung zu ihrer angeblichen Gesinnung: „Aus ihrer – gemeinsamen Vorstellungen und Zielen verpflichteten – linksextremen politischen Einstellung haben die Angeklagten in ihrer Einlassung keinen Hehl gemacht.“ Deshalb handelten sie „als Mitglieder der kriminellen Vereinigung militante Gruppe (mg), deren Tätigkeit darauf gerichtet war, Straftaten zu begehen. Die militante Gruppe (mg) war ein auf Dauer angelegter freiwilliger organisatorischer Zusammenschluss von mindestens drei Personen, die bei Unterordnung des Willens des Einzelnen unter den Willen der Gesamtheit gemeinsame Zwecke verfolgten und untereinander derart in Beziehung standen, dass sie sich als einheitlicher Verband fühlten und mithin die Voraussetzungen einer

Vereinigung im Sinne des § 129 StGB erfüllten. Den Kernbereich der Aktivitäten stellte die Begehung politisch motivierter Brandanschläge dar. Die Angeklagten setzten sich durch die eigenverantwortliche Vorbereitung und Begehung eines Anschlags aktiv für die Gruppe ein und brachten durch die Tat ihre auf Dauer ausgerichtete Teilnahme an der Tätigkeit der Organisation zum Ausdruck.“ Hier zeigt sich ganz praktisch: Die Palette von Indizien, die einen Tatverdacht begründen können, werden zusammengeführt zu vermeintlich objektiven Kriterien. Ein nach Ansicht der Ermittler_innen „konspirativ geführtes Emailfach“, Einträge in Kalender, die im Grunde nichts belegen, außer dass Leute ihr Auto zur Verfügung stellen für wiederum andere Leute (das

ist anscheinend besonders schwer vorstellbar), Notizen und Textentwürfe, die zu lange neben dem Schreibtisch gelegen haben... schon wieder eine kriminelle oder terroristische Vereinigung.

Wie wenig sich die Richter_innen am Berliner Kammergericht genötigt fühlten, sich an rechtsstaatliche Prinzipien zu halten, zeigte sich im mg-Prozess wie in anderen Verfahren, auch durch die inszenierten Sicherheitsauflagen, die den Besucher_innen zwei Dinge klar gemacht haben: Vor Gericht sitzen gefährliche Staatsfeinde und auch die Besucher_innen sind im Visier des BKA. Sie mussten ihre Ausweise kopieren lassen, sie wurden durchsucht und am letzten Prozesstag mussten sich einige sogar ausziehen. Auch an anderen Stellen versuchte das Gericht gar nicht erst, den Anschein zu erwecken, die so genannte Waffengleichheit zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft sei ein Gut, das es zu verteidigen gelte.

Leider nicht zum Abschluss des mg-Prozesses, aber in anderen Verfahren haben es sich die Besucher_innen dennoch nicht nehmen lassen, ein Urteil zu kommentieren. So wurde nach der

Urteilsverkündung im Prozess gegen die Blockade von Militärtransporten in Husum im Gerichtssaal ein „Gegen-Urteil“ verlesen.

Die Bühne des Gerichtssaales kann für uns nur ein Teil der Auseinandersetzung sein. Aus den Erfahrungen mit anderen Staatsschutzurteilen des Berliner Kammergerichts gehen wir davon aus, dass der BGH trotz aller Mängel im Urteil die Revision im Laufe dieses Jahres ablehnt und damit das Urteil rechtskräftig wird.

Für viele ist das ja irgendwie normal, es ist ja schließlich ein Staatsschutzprozess gewesen und da ist ja klar wie das ausgeht. Das ist wohl auch so. Aber Ver-

fahren in anderen europäischen Ländern haben gezeigt, dass konkrete Abrüstungsinitiativen nicht mit langen Knaststrafen enden müssen. So wurden in Irland und England von Aktivist_innen der Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung Kriegsflugzeuge mit Hämmern zerstört, in Belgien wurden durch Gleisblockaden Waffentransporte gestoppt. In beiden Ländern gab es nicht nur viel wohlwollende Akzeptanz für den Versuch, direkt in das Kriegsgeschehen einzugreifen, in zwei Verfahren wurden die Angeklagten auch von der Jury freigesprochen mit der Begründung, dass die Aktionen Schlimmeres verhindert hätten. Begleitet wurden die Prozesse von einer Kampagne, die die Motivation der AktivistInnen aufgenommen und diskutiert hat.

Politische Antworten

Politische Prozesse verlangen eine politische Antwort. In den vergangenen Jahren ist das Thema Antimilitarismus für viele Aktivist_innen relevanter geworden. Je offensichtlicher die Verflechtungen zivil-militärischer Zusammenarbeit ans Tageslicht treten, desto mehr müssen die Bundeswehr und die zivilen Profiteure mit Protest und Widerstand rechnen. Und je höher die Zahlen ziviler Opfer durch den Einsatz der Bundeswehr sein werden, desto mehr Menschen werden sich nicht nur fragen, ob sie diesen Krieg wirklich wollen, sondern was sie dagegen unternehmen können. Das soll jedoch auf jeden Fall verhindert werden. Das Urteil gegen Axel, Oliver und Florian zeigt ebenso wie andere Urteile gegen Antimilitarist_innen: Die bisherige Anti-Kriegsstimmung soll nicht in praktischen Aktionen umgesetzt werden.

Drinnen und draußen

Auch eine andere Debatte werden wir außerhalb des Gerichtes weiterführen müssen. Nachdem der Staat mit diesem Prozess seinen Verfolgungswillen durchgesetzt hat, rückt die Möglichkeit Knast für Axel, Oliver und Florian in den nahen Fokus. Damit stehen sie nicht allein, auch andere Genossinnen und Genossen hat die Repression schon getroffen. Solidarität ist auch hier gefordert. Wie die weitere Kommunikation und Unterstützung aussehen kann, werden wir in der realen Situation ausprobieren müssen. Dennoch bereiten wir uns schon jetzt darauf vor, damit sie weiter Teil der antimilitaristischen Bewegung bleiben, auch hinter den Mauern des Knastes.

Einstellungsbündnis



Foto: Umbruch Bildarchiv Berlin

ANTIMILITARISTISCHER
TICKER

07.01.2010 Ankara (Türkei)

Ein Demonstrationszug zieht durch die Stadt, der die Freiheit für antimilitaristische Gefangene fordert. Kriegsdienstverweigerer sitzen in der Türkei immer wieder lange Haftstrafen ab. Eine Verweigerung ist in der Türkei 100% illegal.

02.02.2010 Berlin

In der Nacht verüben Unbekannte einen Brandanschlag auf die Stiftung Wissenschaft und Politik am Ludwigkirchplatz im Bezirk Wilmerdorf. Das SWP ist als deutsches Forschungsinstitut und als Think Tank der Bundesregierung am Krieg und am Aufbau der Bundeswehr beteiligt. So ist es zum Beispiel an dem zivil-militärischen Sonderforschungsbereich 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Neue Formen des Regierens?“ in Kooperation mit der FU Berlin, Universität Potsdam, Wissenschaftszentrum Berlin und Hertie School of Governance beteiligt.

08.02.2010 Kleine Brogel (Belgien)

Belgische AktivistInnen von der Organisation Vredesactie halten sich eine Stunde unbemerkt auf der belgischen Luftwaffenbasis auf, filmen ihre Aktion und stellen sie auf Youtube ins Internet. In Kleine Brogel lagern noch immer bis zu 20 atomare Bomben des Typs B-61. Im Frieden werden sie von einer Spezialeinheit der US-Luftwaffe (701. MUNSS) kontrolliert, und im Ernstfall sollen sie als Teil der nuklearen Abschreckung der Nato von belgischen Jagdbombern des Typs F-16 eingesetzt werden.

18.02.2010 Nottingham (UK)

Sechs Mitglieder der Kampagne „Shut down Heckler & Koch“ blockieren den Eingang des Kleinwaffenproduzenten. Zwei AktivistInnen ketten sich sechs Stunden lang fest und blockieren damit den Zugang zur Waffenlieferung. Die anderen entrollen auf dem Dach der Verkaufshalle Transparente gegen Waffenhandel.

10.03.2010 Flensburg

Im Prozess der Bahn gegen eine Antimilitaristin hat das Landgericht Flensburg heute in erster Instanz entschieden, dass die Aktivistin die Räumungs- bzw. Reparaturkosten in Höhe einer fünfstelligen Summe übernehmen muss. Die Angeklagte hatte im Februar 2008 mit einer Gruppe AntimilitaristInnen nahe Husum gegen einen Transportzug der Bundeswehr protestiert und sich dabei an die Gleise gekettet, um ihren Protest zu verdeutlichen. Die Aktivistin wird Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen

17.03.2010 Wellington (Neuseeland)

Drei christliche Antikriegs-AktivistInnen sind an diesem Tag vor dem Bezirksgericht vom Vorwurf des Einbruchs und der vorsätzlichen Sachbeschädigung freigesprochen worden. Die drei Männer, die sich zur Pflugscharenbewegung zählen, waren am 30.04.2008 auf das Gelände der militärischen Spionage-Anlage in Waihopai eingedrungen und hatten eine der beiden unter Druck stehenden, 30 Meter hohen Kunststoffhüllen, die Satellitenantennen beherbergen, mit Sichel beschädigt.

Die Angeklagten konnten später vor Gericht nachweisen, dass Informationen, die von Waihopai abgefangen wurden, zur Vorbereitung des Irak-Krieges verwendet wurden. Da Neuseeland nicht offiziell an diesem Krieg beteiligt ist, stellt dies aus Sicht der Angeklagten eine illegale Kriegsbeteiligung dar. Die Geschworenen folgten am Ende der Argumentation der Angeklagten und befanden ihr Tun als rechtmäßig.



Jane Fonda 1982

Alexandra (21) saß 2009 fünf Monaten in Berlin in Untersuchungshaft, da sie verdächtigt wurde, ein Auto angezündet zu haben. Ein Interview über ihre Erfahrungen im Frauenknast.

Wie lautete deine Anklage, was wurde dir vorgeworfen?

Versuchte Brandstiftung an einem PKW. Ich ging nachts um 0.00 Uhr bei mir zu hause los, um etwas einzukaufen und wurde im Spätkauf von Polizisten festgenommen. Mir wurde gesagt, ich hätte versucht, ein Auto anzuzünden, was ich bestritten habe. Ich hatte keinen Ausweis dabei. Ich wurde sofort zur Gefangenenammelstelle gebracht und da wurden mir Papiertüten über die Hände gezogen, die ich kaputt machte. Daraufhin machten sie neue drauf. Nach 3 Stunden kam endlich jemand, um die Spuren zu sichern. Dann kam ich in eine Zelle und um 10.00 Uhr morgens versuchte mich das LKA zu verhören. Eine halbe Stunde später durfte ich gehen. Zwei Tage später wurde ich auf dem Weg zu einer Kundgebung von Zivilkräften wieder festgenommen.

Aber du hast erstmal keine Aussagen gemacht?

Nein! Ich sagte, ich wolle mit meiner Anwältin telefonieren. Ich hatte ihre Nummer im Kopf und sagte sie mir die ganze Zeit vor, um sie nicht zu vergessen. Es ist sehr wichtig, diese Information im Kopf zu haben!

Mit welcher Begründung wurdest Du auf dem Weg zur Kundgebung festgenommen?

Der Haftbefehl lag vor. Ich war kurz vor der Festnahme bei meiner Anwältin zur Beratung. In der Zwischenzeit haben sie bei mir eine Hausdurchsuchung gemacht. Am nächsten Tag wurde ich dem Haftrichter vorgeführt, der U-Haft anordnete. Zuerst kam ich nach Lichtenberg in die Aufnahmeabteilung. Von dort wird verteilt: In den Freigängerinnenknast nach Reinickendorf, Drogenabhängige und Jugendliche bleiben in Lichtenberg und es gibt Pankow für alle wie auch mich, die älter als 21 sind und keine Drogen nehmen. Ich bin fünf Tage später nach Pankow gekommen. Es dauerte eine Weile, weil die Lunge geröntgt werden muss. Bei der Eingangsuntersuchung wird auch nach Narben oder Tattoos geschaut. In Pankow habe ich 156 Tage gesessen.

Das ist eine lange Zeit. Kannst du beschreiben, wie die Bedingungen dort waren?

Irgendwann wird der ganze Ablauf zur Routine. Ich bin angekommen und mir wurde gesagt, man habe mir eine schöne sonnige Einzelzelle ausgesucht, da ich ja ein bisschen länger bliebe. Es gibt dort 10 Einzelzellen und auf der oberen Station Doppelzellen. Im ganzen Knast sitzen bis zu 70 Leute. Ich blieb die ganze Zeit in einer Einzelzelle, was den Vorteil hatte, dass ich mich so einrichten und die Möbel umstellen konnte, wie ich wollte. Das habe ich oft getan, weil es so langweilig war. Ich hatte erst nach einem Monat einen Fernseher. Keiner hat es vorher geschafft, ihn vorbei zu bringen.

Aber man kann ja auch Bücher lesen! Es gibt eine Bibliothek und ich habe Bücher geschickt bekommen. Die Post kam über die Staatsanwaltschaft. Die Erste bekam ich erst nach 3 Wochen. Vorher kam ein Telegramm, das die Sozialarbeiterin in meinem Beisein öffnete und vorlas. Darin stand: „Wir denken an dich, halte durch!“ Ich selbst durfte es nicht in die Hand nehmen.

156 TAGE FRAUENKNAST PANKOW
- INTERVIEW MIT ALEX

AUFRAPPEN, KÄMPFEN
UND AEROBIC MACHEN!

Und wie sah der Tagesablauf aus?

Ich hatte keine Sonderbedingungen und durfte alles mitmachen. Morgens um 6.15 Uhr wird man geweckt, das nennt sich „Lebendkontrolle“. Dann bleibt 1 Stunde lang die Zelle offen und man kann raus in die Küche, um sich etwas zu essen machen. Um 12.00 Uhr gibt es eine halbe Stunde Mittagessen, dann ist die Zelle bis 15.30 Uhr zu. Danach ist sie bis 21.15 Uhr offen und man kann sich frei auf der Station bewegen. Man hat 1-2 Freistunden in der Woche und am Wochenende 3. Am Wochenende ist von 6.15 - 21.15 Uhr generell offen. Falls Beamtenmangel ist, sagen sie das vorher an und man kann sich darauf einstellen. Der Speiseplan hängt aus und wenn man etwas nicht mag, kann man selbst etwas kochen. Die Sachen dafür muss man über den Gefangenenkauf kaufen. Einkauf ist alle 2 Wochen und man kreuzt auf einer Liste an, was man möchte. In Pankow gibt es 4 Stationen und die Mutter-Kind Station.

Interessant, dass die verschiedenen Bereiche „Stationen“ heißen. Bei den Männern heißt es „Trakt“. Es scheint bei den Frauen eher eine Krankheitsidee dahinter zu stehen und so werden die Bereiche in (Kranken-)Stationen, wie beispielsweise in der Psychiatrie umbenannt. Offenbar werden Frauen weniger per se als „kriminell“, also als Straftäterinnen wahrgenommen, sondern eher als „verrückt“ oder „krank“. Wieswegen saßen die anderen Frauen?

Mord, Körperverletzung, Raub, ganz häufig Diebstahl. Wir hatten zwei, die in großem Maße gedealt haben, aber nicht abhängig waren.

Du hast erzählt, dass du versucht hast, das Ganze mit Humor zu nehmen. Wie ist es dir gelungen durchzuhalten?

Der Anfang war schwer. Die anderen Frauen unterstützten mich gut. Ich hatte zum Beispiel beim Mittagessen keine Ahnung, wie was geht und sie erklärten es mir sofort. Man hilft sich gegenseitig, was enorm wichtig ist. Die Frauen verstanden auch gar nicht, warum ich immer noch einsaß. Es stand ja häufig etwas in der Zeitung oder kam im Radio. Zum Beispiel bin ich von meinem ersten Gerichtstermin wiedergekommen und wurde sofort gefragt, warum ich die Aussage verweigert habe. Ich bin auch so oft wie möglich zum Hofgang gegangen, Sonne genießen. Dann gab es eine Phase, in der ich gar nicht mehr raus ging. Ich war richtig fertig mit den Nerven. Alles war mir zu viel, ich lag nur im Bett und schlief tagelang.

Wie bist du aus diesem Loch wieder heraus gekommen?

Man versucht, sich wieder selbst aufzubauen und schafft das auch irgendwie immer. Man muss positiv Denken! Man

gewöhnt sich an die Situation im Knast. Als es mir schlecht ging, hatte ich das Gefühl, ich käme hier nie wieder raus. Irgendwann habe ich mir gedacht, das können sie nicht machen, das geht so nicht. Man versucht wieder zu kämpfen, gewinnt neuen Mut und rappelt sich auf.

habe ich nur noch gehört, was bei der Kundgebung gesagt und welche Musik gespielt wurde.

Wie sah es mit Besuchen im Knast aus?

Es gab alle zwei Wochen eine halbe Stunde. Einmal bin ich ein bisschen sauer gewesen, da hatte ich sieben Wochen lang keinen Besuch, weil die draußen es ver-

peilt haben, sich einen Sprechschein zu holen. Es war hart. Jeden Tag schaut man nach, ob schon Besuch eingetragen ist. Meine Schwester war öfter da und mein Freund. Es wollten viele Leute kommen. Manche kamen zu dritt, da ist eine halbe Stunde schnell vorbei. Es gab Gesprächsüberwachung durch die Schließer, die bei U-Häftlingen direkt mit am Tisch sitzen.

Wie sind die Schließer mit den Gefangenen umgegangen?

Es gibt Nette, und welche, die nur ihren Job machen. Mit einigen kann man sich sogar unterhalten. Mit einem Schließer habe ich öfter Tischtennis gespielt - wortlos, oft eine Stunde lang. Eine Schließerin meinte, ich sei das Nesthäkchen und hat mir immer Schokolade und Obst gegeben. Es gab aber auch welche, die oft rumbüllten. Nach diesen ganzen Gerichtsterminen sagten einige Schließer, dass sie gar nicht verstehen könnten, warum ich immer noch im Knast sei. Sie freuten sich dann auch für mich, als ich entlassen wurde.

Die Entlassung kam überraschend. Es war an einem Freitag, an dem mei-



Die Vorturnerin des Aerobic konnte schon mal handgreiflich werden. Ende 1970 wurde die Schauspielerin Jane Fonda verhaftet, weil sie einen Polizisten getreten haben sollte - die Anschuldigungen wurden später allerdings fallengelassen.

Welche Arbeitsmöglichkeiten gibt es noch?

Man kann PCs auseinander bauen. Es gibt eine Wäscherei, eine Gärtnerei und die Küche. Wenn man arbeitet, bekommt man in der U-Haft einen Euro die Stunde und wenn man Strafer ist, fünf Euro die Stunde. Das Geld geht auf das Knastkonto. Man darf es komplett für den Einkauf ausgeben oder seine Strafe abzahlen.

Wie war denn insgesamt deine Erfahrung mit Unterstützung von außen?

Am coolsten war die Knastkundgebung. Ich konnte von einem Fenster auf eine bestimmte Stelle rausgucken und dort wurde dann auch die Kundgebung gemacht. Irgendwann kamen die Schließer und machten die Tür zu. An dem Tag waren von anderen Stationen zusätzlich Schließer da. Sie haben geguckt, ob ich irgendetwas mache oder rausrufe. So

Spätestens beim Abflug aus Mas-sar-i-Scharif ist klar: Wir sind im Kriegsgebiet. Im steilen Zick-Zack steigt die Transall auf – um Raketen kein leichtes Ziel zu bieten. Genau so steil geht es in Kundus beim Landeanflug runter. Dort am Flughafen: Schwerebewaffnete Bundeswehrsoldaten, die unseren Konvoi ins PRT-Lager begleiten.

PRT, kurz für Provincial Reconstruction Team. Das soll nach Wiederaufbau klingen, ist aber ein Militärlager – mit stark befestigten hohen Mauer. Hier ist ein Teil des Bundeswehr-Kontingents in Afghanistan stationiert. Der gepanzerte Konvoi fährt mit hoher Geschwindigkeit. Auf dem Weg sehe ich kurz ein Schild: Dyncorp. Ein US-amerikanisches Sicherheitsunternehmen, das Polizisten ausbildet.

Tatort Kundus

Mein Kollege Jan van Aken und ich sind nach Afghanistan gekommen, um uns selbst ein Bild zu machen. Ein Bild von der allgemeinen Situation im Land am Hindukusch. Aber vor allem ein Bild von den Folgen der blutigsten von Deutschen befohlenen Militäraktion nach dem Zweiten Weltkrieg. Am 4. September vergangenen Jahres wurden gegen zwei Uhr Ortszeit zwei von Taliban gestohlene Tanklastwagen bombardiert. Tatort: Eine Sandbank etwa fünfzehn Kilometer südlich der Stadt Kundus im Norden Afghanistans. Erst hieß es, die Bundeswehr habe einen »erfolgreichen Einsatz« durchgeführt und zahlreiche Taliban getötet. Später wurden auch zivile Opfer eingestanden. Mittlerweile ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrzahl der Opfer Zivilisten waren – eine Annahme, die sich auch mit unserer Recherche vor Ort deckt.

Der Bundestag hat einen Untersuchungsausschuss zur Kundus-Bombardierung eingerichtet, dem auch Jan van Aken und ich als Abgeordnete der LINKEN angehören. Wir wollen dazu eine Perspektive einholen, die in der Debatte sonst überhaupt nicht im Zentrum steht: Die Perspektive der Opfer. Wir wollen ihnen ein Gesicht und eine Stimme geben.

Angehörige der Opfer

Unsere Recherche führt uns zu zwei Frauen: Dr. Habibe Erfan und Korshid Zaka, beide Mitglied im örtlichen Provinzrat. Als ihnen bei der Trauerfeier für die Opfer der Bombardierung das Ausmaß der Katastrophe klar geworden war, begannen sie eine Untersuchung. Rund um die Sandbank, auf der die Tanklastzüge feststeckten, liegen sechs Dörfer. Die Frauen zogen von Haus zu Haus um herauszufinden, wer Angehörige verloren hat, wer verletzt wurde. Ihr Ergebnis: 143 Menschen sind bei dem Angriff umgekommen, davon 26 Kinder im Alter von 10 bis 16 Jahren. 91 Witwen hat der Angriff hinterlassen. Ihre Untersuchung ist seriös – die Bundeswehr selbst hat die Opferliste von Erfan und Zaka als Grundlage für ihre Soforthilfe genommen.

Hinter jedem Toten steht ein Schicksal. Laila zum Beispiel hat zwei Söhne bei dem Angriff verloren. Sie war schon vorher Witwe. Die beiden Söhne gingen noch zur Schule. Der eine kümmerte sich zudem um das Feld, der andere um die Kuh der Familie. Nun bleibt dies alles an Laila hängen – außerdem muss sie ihre kleinen Töchter versorgen. Hilfe hat sie nur von ihren Brüdern, die ihr manchmal Öl und Reis vorbeibringen.

Erschüttert haben mich auch die Gespräche mit Eltern, die ein oder mehrere Kinder bei dem Angriff verloren haben. Wir bekommen die Schulzeugnisse der gestorbenen Kinder gezeigt. Es schnürt einem die Kehle zu.

„Wär' ich nicht arm, hätten wir kein Benzin gebraucht“

Was haben diese Leute nachts um



Dokumente von Toten der Tanklasterbombardierung
Fotos: Fraktion DIE LINKE im Bundestag/ Steffen Twardowski



Straßenbild

AFGHANISTAN: NO JUSTICE NO PEACE

EIN REISEBERICHT

zwei auf einer Sandbank zu suchen? So und ähnlich wurde nach dem Angriff Misstrauen geschürt. Wer außer Taliban-Kämpfern sollte sich bei den Tanklastzügen aufhalten?

Bei unseren Gesprächen erhalten wir plausible Antworten auf diese Fragen. Die Nacht des Angriffs war im Ramadan, die Dorfgemeinschaften kamen gerade aus der Moschee, die Frauen bereiten das gemeinsame Mahl, das vor Tagesbeginn eingenommen werden sollte. Da macht das Gerücht die Runde, dass unten in der Furt ein Tanklastzug feststeht – dass es Benzin gibt! Die ersten machen sich mit Schalen und Kanistern auf den Weg, andere folgen, auch aus Neugier.

So versammelten sich schließlich rund 200 Personen auf der Sandbank. Sie fühlten sich sicher, seit Stunden schon kreiste ein Aufklärungsflugzeug über der Stelle und nichts war passiert. Niemand rechnete mit dem Angriff. Dann fielen die Bomben. Die Tanklastzüge explodierten, der Feuerball war noch Kilometer weiter zu sehen.

Die Schicksale der Opfer zeigen auch, wie sehr die Armut und systematische Unterentwicklung des Landes mit dem Krieg verschränkt sind. Drei von Bulbuls Enkelkindern starben am 4. September. Sie klagt: »Wär' ich nicht arm, hätten wir kein Benzin gebraucht«.

Afghanische Oppositionelle

Wir haben auch die Gelegenheit mit einigen oppositionellen Afghaninnen und Afghanen zu sprechen.

Mit Ramazan Bashardost treffen wir uns in seinem kleinen Abgeordnetenbüro. Bashardost war der drittplatzierte



Gespräch mit Angehöriger



Transall bewacht

Präsidentenwahlkandidat. Er konnte 11% der Stimmen auf sich vereinigen. Als Angehöriger der traditionell diskriminierten Volksgruppe der Hazara hat er quer durch die Bevölkerung eine starke Unterstützung. Sie liegt in allen Provinzen zwischen 5 und 20%. Bashardost ist das Gegenbild zu dem korrupten, elitären pro-westlichen Politikertypus, der in Afghanistan das Sagen hat. Er fährt mit seinem kleinen Auto durchs Land, wohnt im Zelt und lehnt es ab, Bodyguards zu haben. Gleich zu Beginn unseres Gesprächs stellt er klar: Dass Ramin Spanta mit deutscher Unterstützung

zum Außenminister gemacht wurde, hält er für eine große Schädigung. Spanta, der Mitglied der Grünen ist und lange Zeit in Aachen gewohnt hat, sei zunächst 100% gegen den Krieg aufgetreten und hätte dann in Amt und Würden den Krieg befürwortet.

Bashardost kritisiert, dass der Wiederaufbau nicht vorangeht. In der Provinz Tahar gibt es eine Brücke, die überschwemmt wurde und die seit Jahren nicht aufgebaut wurde. Nur 20% des landwirtschaftlich nutzbaren Landes würden bebaut. 85 % der Bevölkerung seien Bauern, aber 70% von ihnen hätten keine Arbeit. Man bräuchte 2-3 große Staudämme, aber keine würden gebaut. Er kritisiert scharf die ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Sie würden einen Löwenanteil des Geldes, das deutsche und andere Steuerzahler für den Wiederaufbau zahlen, einstreichen und für sich und ihre Mitarbeiter ausgeben.

Die Regierung Karsai hält Bashardost für korrupt und kriminell. Merkel, Karsai und andere haben die früheren Mörder an die Macht gebracht, kritisiert er. »Der erste Schritt in Richtung Frieden ist, dass diese Mörder wegkommen,« sagt Bashardost. Er fordert, dass alle, die an den Kriegen der vergangenen 30 Jahre beteiligt waren, nicht mehr in die Politik dürfen. »Wenn die Mudjaheddin an der Regierung sind, kämpfen die Taliban in den Bergen und umgekehrt.« Dabei setzt er große Hoffnung auf die junge Generation, die heranwächst.

Bashardost ist sicher, dass die Menschen in Afghanistan Minister haben wollen, die helfen. »Wir sind durstig nach Frieden und Freiheit,« sagt er. »Gebt das Geld den Menschen und nicht für Militär. Dann braucht ihr kein Militär mehr. Uns gelingt es, ein Treffen mit Malalai Joya zu vereinbaren. Malalai lebt drei Jahren im Untergrund. Sie hatte das Parlament öffentlich kritisiert und war deswegen suspendiert worden. Sie geht hart mit der Regierung Karsai und der NATO ins Gericht. Von ihr erfahren wir auch etwas über die Stimmung im Land: »Eine der wenigen positiven Sachen, die uns dieser Krieg beschert, ist, dass die Menschen heute politisch viel wissender sind als zuvor. Sie kennen die Feinde des Landes, sie wissen, wer ihr Land zerstört hat, wie schwach das Karsai-Regime in Wirklichkeit ist. Täglich kommt es zu immer mehr Demonstrationen, über die niemand berichtet.«

Wadir Safi rundet unser Bild ab. Er ist Professor für Völkerrecht an der Universität Kabul. Er berichtet, dass es eine Menschenrechtskommission gegeben hat, die 2002 bis 2004 gearbeitet hat und 2005 ihre Ergebnisse vorgestellt hat. Drin heißt es, dass 96% der Afghanen Opfer derjenigen sind, die jetzt an der Macht sind. 46% davon hätten sich dafür ausgesprochen, dass die Täter nicht bestraft werden, aber von der Macht entfernt werden müssen. Ohne Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben, sagt Safi. No Justice, No Peace.

Mitten im Krieg

Die Reise bestätigt uns in der Auffassung, dass die Bundeswehr mitten im Krieg steckt und das Massaker von Kundus kein Betriebsunfall, sondern die logische Folge des bisherigen Einsatzes am Hindukusch war.

Die wichtigste Erfahrung war für uns die Begegnung mit Opfern von Kundus. So haben zumindest einige von ihnen für uns einen Namen und ein Gesicht bekommen. Sie und die anderen Geenerinnen und Gegner des Krieges, die wir treffen konnten, zeigen zudem: Es gibt ein »anderes« Afghanistan – jenseits der Warlords und Taliban. Wir können ihnen helfen, indem wir für die sofortige Beendigung des Krieges kämpfen.

Christine Buchholz, Mitglied im Kundus-Untersuchungsausschuss, DIE LINKE

Filmstart:

Der Tag des Spatzen ist ein politischer Naturfilm. Er handelt von einem Land, in dem die Grenze zwischen Krieg und Frieden verschwindet. Am 14. November 2005 wird im holländischen Leeuwarden ein Spatz erschossen, nachdem er 23000 Dominosteine umgeworfen hat. In Kabul stirbt ein deutscher Soldat in Folge eines Selbstmordattentates. Das Nebeneinander der Schlagzeilen wird zum Anlass für Regisseur Philip Scheffner, sich mit den Methoden der Ornithologie auf die Suche nach dem Krieg zu machen. In Deutschland, nicht in Afghanistan. Denn hier stellt sich die Frage: Leben wir im Frieden oder im Krieg? Eine bis zur Besessenheit präzise Kamera und eine überaufmerksame Tonspur leiten dieses filmische Ermittlungsverfahren, das sich zu einem zeitgenössischen Polit-Thriller wandelt.

Scheffner selbst zu seinem Film: »Der Tag des Spatzen ist für mich eine Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, in der ich lebe. Vom Krieg ist wenig zu spüren – er ist weder sichtbar noch eindeutig zu verorten. Der Film versucht herauszufinden, wie und an welchen Punkten sich Brüche in der scheinbar friedlichen Oberfläche auftun. Momente, an denen Krieg sichtbar wird – an denen die Schnittstellen zwischen zivilem Leben und militärischem Einsatz verschwimmen... Es geht mir darum, einen filmischen Raum zwischen Bild und Ton, zwischen Analyse und Imagination zu schaffen, der die scheinbare Selbstverständlichkeit des gegenwärtigen Krieges hinterfragt.«

Termine:

Arsenal:

21.04.2010 Vorpremiere Der Tag des Spatzen mit dem Regisseur

Arsenal und fsk:

22.04. - 28.04.2010

Acud

30.04. - 5.05.2010

Arsenal:

30.04.2010 Diskussion mit Philip Scheffner über seine spezifische Arbeitsweise des essayistischen Dokumentarfilms. Davor wird sein Debütfilm gezeigt: The Halfmoonfiles (D 2007)



DERKURZMELDER

SCHMUTZIGE ORTE

Mit den US-Militärgefängnissen bzw. Gefangenenlagern in Abu-Ghuraib und Guantánamo wurde eine neue Dimension von Knast und Gefangenschaft publik. Neben den bekannten Gefängnissen steht das weltweite Netz von Geheimgefängnissen - vom US-Militär „black sites“ genannt - für Verschleppungen, rechtswidrige Inhaftierung und tagtägliche Folter: sexuelle Demütigungen, Reizentzug, Stresstechniken durch extreme Hitze bzw. Kälte oder durch dauerhafte Licht- bzw. Lärmeinwirkung, Schlafentzug, Waterboarding, Verstümmelung und Hinrichtungen. Sehr eindrücklich hat das Murat Kurnaz in seinem Buch „Fünf Jahre meines Lebens - Ein Bericht aus Guantánamo“ geschildert. Kurnaz veranschaulicht aber auch, dass selbst unter Verhältnissen wie in Guantánamo Kommunikation unter den Inhaftierten, eine Gefangenenorganisation und sogar kollektive Kämpfe wie Hungerstreiks möglich sind.

Verantwortung der BRD

An Kurnaz' Fall lässt sich auch die Verantwortung der BRD am US-Folternetzwerk festmachen. Deutsche Geheimdienste und das BKA verhörten Kurnaz in Guantánamo. Die Bundesregierung war über seine Situation informiert und unternahm nichts, ihn nach Deutschland zurückzuholen.

BND, Verfassungsschutz und BKA waren auf verschiedenen Ebenen am System der US-Geheimgefängnisse beteiligt. Sie haben in den Gefängnissen Befragungen durchgeführt oder dafür die Fragelisten geliefert. Sie haben Namen mutmaßlicher Terroristen und durch Abhörmaßnahmen gewonnenes Material an die CIA weitergegeben. Deutsche KSK-Soldaten bewachten US-Geheimgefängnisse in Afghanistan. Sie beteiligten sich laut Murat Kurnaz auch an den Misshandlungen der Internierten. Auch der vom CIA aus Mazedonien entführte Deutsche Khaled al-Masri unterstellt einem seiner Peiniger in Afghanistan, Mitarbeiter des BND zu sein.

Autoritäre Formierung

Mit dem globalen „Krieg gegen den Terror“ hat sich seit 2001 ein permanenter Ausnahmezustand etabliert, der systematisch Willkür, Folter und Rechtlosigkeit hervorbringt. Die angekündigte, aber noch nicht umgesetzte Schließung von Guantánamo bedeutet keine Abkehr von „extraordinary renditions“, den Überstellungen einer Person von einem Staat zum anderen ohne rechtliche Grundlage, und keine Aufhebung der US-präsidenten Befehlsmacht, Entführungen, Folterungen und Hinrichtung anordnen zu dürfen.

Diese Verhältnisse sind auch hierzulande zur Regel geworden. Das zeigt sich, wenn der ehemalige Außenminister Steinmeier im Jahr 2007 eine Diffamierungskampagne gegen Kurnaz startet und ihn mit längst widerlegten Behauptungen beschuldigt; wenn der damalige Innenminister Schäuble die Verwendung von unter Folter gewonnenen Erkenntnissen verteidigt; wenn deutsche Geheimdienste, Polizei und Gerichte von Folteraussagen profitieren; wenn deutsche Juristen sich dafür aussprechen, dies alles in Gesetzestexte zu gießen und ein Feindstrafrecht einzuführen. Ihre Intention bei alledem ist eine autoritäre Zurichtung der Gesellschaft und letztlich liefern sie damit einen Beitrag zur Militarisierung der Bundesrepublik.

NICHTS WIE ES SCHEINT

DIE TÜRKEI - ALTE POLITIK IM NEUEN GEWAND



Wenn man versucht, die Entwicklungen in der Türkei und den kurdischen Gebieten zu verstehen, ist nichts wie es scheint. Die oppositionellen Kräfte, welche auf eine Aufklärung der undurchsichtigen Beziehungsgeflechte drängen, sind vereinzelt und in der Minderheit. Das Erstaunen darüber, dass vorgeblich linke und bürgerliche Opposition im vermeintlichen Kampf gegen den Islam mit einem militärischen Machtapparat voll mit unbestraften Kriegsverbrechern und Folterern paktiert, verblasst, wenn man sich ihre Haltung zur kurdischen Frage oder dem Genozid an den Armeniern vor Augen hält:

Eine Haltung, welche die Aufarbeitung staatlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit als störend für einen vermeintlich „demokratischen“ Prozess sieht, stellt dabei noch die harmloseste Variante zum Schutz der Täter dar. Ohne Aufarbeitung staatlicher Verbrechen der Vergangenheit aber ist eine freiheitliche Entwicklung ausgeschlossen. Ein Blick auf Ereignisse allein der letzten drei Monate zeigt, dass die Türkei - sowohl Politik und Militär, aber leider auch ein Großteil der Mehrheitsgesellschaft - von einer Lösung eines der dringendsten Probleme des Landes - dem Status der Kurden - weit entfernt ist.

Paktieren gegen kurdische Organisationen

Sowohl Europa als auch die USA unterstützen ungestört die Machthaber -- wie zuletzt die Razzien, Festnahmen und Verhaftungen in Brüssel zeigen: Der kurdische Kanal Roj TV wurde am 04.03.2010 von Hunderten vermummten PolizistInnen auf Befehl der Staatsanwaltschaft von Brüssel gestürmt. Bei der Durchsuchung wurden 200 Computer und andere Technik zerstört bzw. beschlagnahmt. Zur gleichen Zeit wurden die Europavertretung der kurdischen BDP und weitere 23 Wohnungen und Institutionen durchsucht. Der Vorsitzende des KONGRA GEL Remzi Kartal, die Mitglieder des KNK, Zübeyir Aydar, Adem Uzun, Faruk Doru und 26 weitere Personen wurden festgenommen, gegen 8 Personen wurde Haftbefehl erlassen.

Die „Nationale Ehre“

Zeitgleich können türkisch nationale Medien wie z.B. die Hürriyet problemlos täglich ihre volksverhetzenden Artikel veröffentlichen und in der Türkei wird durch Massenfestnahmen, Verbote und Straflosigkeit staatlicher Täter dem kurdischen Volk aber auch anderer Fundamentalopposition jeglicher Boden für legale oppositionelle Politik entzogen.

Auch wenn aus autonomer linksradikaler Sicht etliche Methoden der PKK zu kritisieren sind (z. B. Führerkult, Ermordung und Bedrohung Andersdenkender, Aktionen, bei denen Zivilbevölkerung zu Schaden kommt), so ist nachvollziehbar, dass bei einer derartigen Repression für viele KurdInnen der Weg in die Berge

naheliegt. Das Vorgehen gegen die kurdische Opposition sowohl in der Türkei als auch im Exil zwingt die Betroffenen zu dieser Reaktion, welche wiederum zum Vorwand genommen wird, sie staatlich umso schärfer zu bekämpfen. Genau dies war mit dem Vorgehen in Brüssel beabsichtigt. Der Türkei wird zugleich signalisiert, sie bräuchten nur ihre Empfindlichkeiten hervorzuheben, schon stehen die Verbündeten an ihrer Seite. Der letzten Repressionswelle gegen die Kurden in Brüssel, waren die Resolutionen des US-Außwärtigen Ausschusses und des Schwedischen Parlaments zum Genozid an den Armeniern vorausgegangen, auf welche die Türkei mit Drohungen und Rückruf ihrer Diplomaten reagierte. O-Ton Erbakan: Diese Erklärungen betreffen direkt unsere nationale Ehre. Er drohte den rund 100.000 Armeniern im Land, dass man sie ausweisen werde.

Von aussen kaum sichtbar, beeinflusst das Militär die öffentlichen Diskurse, um von den tatsächlichen Problemen des Landes abzulenken. Diese Thesen belegen einige Ereignisse der letzten Zeit.

Die AKP und das Militär

Im Jahr 2002 erhielt die islamisch geprägte Partei AKP die absolute Mehrheit. Seit dieser Zeit wird auf verschiedenen Ebenen ein Machtkampf zwischen der Regierung und Teilen des Militärs ausgetragen. Im Versuch, die Macht des Militärs einzuschränken, wurden im sog. „Ergenekon-Prozess“ strafrechtliche Ermittlungen und Prozesse gegen das Militär und deren Umfeld eingeleitet. Der Vorwurf lautete, dass unkontrollierte Kräfte im Militär sich verselbstständigt und gemeinsam mit anderen Kräften „Putschszenarien“ zum Sturz der (islamischen) Regierung entworfen hätten: Z. B. Terroranschläge verüben, die dann der PKK untergeschoben werden sollen, um so ein Klima des Chaos zu verursachen. So sollte in der Bevölkerung die Akzeptanz für ein Eingreifen des Militärs vorbereitet werden - klassische counterinsurgency-Methoden. Noch nie zuvor war die Allmacht des Militärs derart angetastet worden: Viele der Festgenommenen sitzen in Haft und warten auf ihren Prozess. Die Zeitschrift „Taraf“ veröffentlicht heimliche „Tagebucheinträge“ hoher Militärs zu den Umsturzplänen.

Im Februar 2010 wurde erstmals ein Jurist, ein streng kemalistischer Oberstaatsanwalt, unter dem Vorwurf der Verstrickung in die Putschpläne durch die Sonderstaatsanwälte in Erzincan festgenommen. Daraufhin schaltete sich der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte ein, entthob die verantwortlichen vier Staatsanwälte ihres Amtes und kündigte Strafverfahren wegen Rechtsbeugung an. Hiermit wurde durch das kemalistische Aufsichtsgremium klar gemacht, dass es sich als wichtiger Akteur im herrschenden Konflikt begreift.

Bereits vor vier Jahren hatte der hohe Rat einen Staatsanwalt, der die Verstrickung von Militärs in Terroranschläge als Kampfmethode gegen den kurdischen Widerstand angeklagt hatte, seines Amtes enthoben und auf Lebenszeit gesperrt.

Ebenso im Februar 2010 kündigte der Vorsitzende der streng kemalistischen Partei CHP/ republikanische Volkspartei, Deniz Baykal, ein Mißtrauensvotum gegen den Innenminister (AKP) an, dem er vorwarf, mit Führern der mittlerweile verbotenen kurdischen DTP die Straflosigkeit zurückkehrender Guerilla abgesprochen und damit mit „Terroristen“ gemeinsame Sache gemacht zu haben.

Ein Deal, keine Aufklärung

Nachdem Mitte Februar erneut 49 hochrangige Offiziere festgenommen wurden, trafen sich Armeespitze und Regierung. Unter den am 26.02.10 abgeführten Militärs befand sich auch General Angin Alan, Chef der früheren militärischen Sondereinheiten und als Nationalheld gefeiert, der 1999 den Transport Öcalans aus Kenia überwachte und als Hardliner im Kampf gegen kurdische Widerstandskämpfer gilt. Danach veröffentlichte die Armeeführung das Eingeständnis, dass die Vorwürfe der Umsturzpläne richtig seien. Im Gegenzug wurden die wichtigsten Militärführer aus der Haft entlassen.

Dieses Vorgehen bedeutet aber nicht, wie die „Zeit-Online“ am 04.03.10 meint, dass die „türkische Armee sich nunmehr selber demontiere“. Eher handelt es sich um ein präzise abgestimmtes Vorgehen zwischen den Beteiligten, eine Art Deal zwischen Regierung und Militär der Art: Ihr lasst uns regieren, wir geben Euch eure wichtigsten Leute zurück und rühren nicht an den Verbrechen der Vergangenheit. Nach außen und für die Öffentlichkeit bestimmt werden abgesprochene Bilder vermittelt. Dieser Deal geht also klar zu Lasten der zivilen Bevölkerung. Der AKP geht es dabei nicht um die Demokratisierung des Landes, da sie ebenfalls die Aufklärung der Verbrechen der Vergangenheit blockiert.

Trotzdem sind ehemals türkische Linke, Kemalisten und vermeintlich emanzipatorische Intellektuelle und Frauenverbände zusammen mit dem verbrecherischen Militär im Kampf gegen die überspitzt dargestellte Gefahr des

politischen Islam der AKP. Eine höchst gefährliche, starke und unfassbare Allianz.

Repressionswelle gegen kurdische Opposition

Dabei eskaliert das Vorgehen insbesondere gegen die kurdische Opposition: Im Dezember 2009 wurde die kurdische Partei DTP verboten, welche in den Lokalwahlen die meisten Stimmen gewann. Zeitgleich wurden hunderte kurdische Bürgermeister, Politiker und Mitglieder dieser Partei festgenommen und verhaftet. Erneut verhafteten die Sicherheits- und Justizkräfte kurdische MenschenrechtsaktivistInnen und RechtsanwältInnen unter dem Vorwand, sie hätten das Ansehen der Türkei im Ausland verunglimpft. Für viel Empörung sorgten die Verhaftungen und Misshandlungen von zahlreichen Minderjährigen bei Demonstrationen und Kundgebungen. Mit ungerechtfertigten Anklagen als Unterstützer oder Mitglieder des Terrorismus und hohen Verurteilungen soll der Widerstand bereits im Keime unterdrückt werden.

Medialer Diskurs ohne Folgen

Zugleich erlebt die Türkei aber auch eine lange nicht denkbare Welle öffentlicher Diskurse in den Medien: Im TV und auch manchen Zeitschriften wird die Macht des Militärs in Frage gestellt und diskutiert.

Vor kurzem lief eine Serie im TV an, die über das extrem brutale Haftsystem im Gefängnis von Amed (türkisch: Diyarbakir, heimliche Hauptstadt der Kurden auf türkischem Territorium) berichtete. Ein Aufschrei ging durch die türkische Bevölkerung: wie schrecklich, das war uns nicht bekannt! Die türkische Mehrheitsgesellschaft wiegt sich in Unwissenheit. Keines der an der kurdischen Zivilbevölkerung durch Militär und Sicherheitskräfte begangenen Verbrechen wurde bis heute aufgeklärt.

Die „Samstagsmütter“

Die „Samstagsmütter“, die die Aufklärung des Verschwindenlassens und der vermutlichen Ermordung ihrer Angehörigen fordern, hatten im Jahr 2000 ihre samstäglichen Sitzaktionen eingestellt. Als vor einem Jahr klar wurde, dass bei den Prozessen gegen das Militär die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ausgeklammert werden, begannen sie erneut mit ihrem Sitzprotest. Bis heute ohne Erfolg. Mit Tränen in den Augen sagte eine der Samstagsmütter nach 15 Jahren Kampf um Aufklärung: „Früher dachte ich, was werde ich tun, wenn ich erfahre, das mein Mann wirklich tot ist? Heute denke ich in Anbetracht meines Alters, was soll ich tun, wenn ich sterben muss, ohne je die Leiche meines Mannes beerdigt haben zu können?“

www.jungewelt.de

Iran entwickelt Atomsprengkopf
Früherer Sowjet-Forscher half bei Konstruktion der Waffe

Wie Chávez Venezuela herunterwirtschaftet
Ministerin Köhler ist auf dem linken Auge blind

Comeback des Sowjet-Stars
Er hat Wahlen gefälscht, nun will Viktor Janukowitsch die Macht in der Ukraine - notfalls auf ehrliche Art

Am Kiosk. Im Abo. Im Internet

Unterstützt junge Welt!
Bestellt Aktionsmaterial!
Organisiert Probeabos!
030/53 63 55-10

Mehr Soldaten, mehr Geld

FESTE FEIERN, WIE SIE FALLEN

ANTIMILITARISTISCHE PROVOKATIONEN

Interview mit dem Büro für antimilitaristische Maßnahmen (Bamm)

Euer Aufruf, am Tag Y am Bundeswehrenmal einen Sektumtrunk zu veranstalten, wenn ein deutscher Soldat fällt, hat für Aufregung gesorgt. Was für Reaktionen habt Ihr bekommen?

Die ganze Bandbreite von ausdrücklicher Zustimmung, über kritische Solidarität bis zu Drohungen. Etliche E-Mails von SoldatInnen, von denen uns einige sogar Recht gegeben haben.

Habt ihr mit diesen Reaktionen gerechnet? Was war das Ziel des Aufrufs?

Ziel ist, die Kriegspolitik Deutschlands zu behindern. Wir haben bewusst das Mittel der Provokation gewählt, damit sich möglichst viele Menschen mit dem Thema auseinandersetzen. Da war klar, dass heftige Reaktionen kommen. Ein wenig überrascht hat uns, dass in friedensbewegten, aber auch in linksradikalen Kreisen die politische Thematisierung von Trauer und Tod als Tabubruch ankommt und dass viele uns vorwerfen, die „Menschenwürde“ verletzt zu haben, aber diesen Begriff offenbar für selbster-

klärend oder absolut halten.

Warum habt ihr diese Form gewählt, um gegen die Bundeswehr und ihren Kriegseinsatz in Afghanistan zu protestieren?

Es geht um Ent-Heroisierung des Militärs. Jeder „Gefallenentod“ wird von Staat und Militär symbolisch ausgeschlachtet, vom Gruppenfoto mit Sarg über staatstragende Reden bis zur Namensnennung im Ehrenmal. Das sind inszenierte Trauerrituale, um nicht über den mörderischen Krieg, sondern den angeblich heroischen Soldaten zu sprechen. Es gibt nur noch Deutsche, keine Parteien. Diese irrwitzige Logik versuchen wir durch satirisch-provokante Mittel zu durchkreuzen.

In den 70er Jahren sind Linke in die Bundeswehr eingetreten, um bei Soldaten gegen Krieg und Kapitalismus zu agitieren – das scheint jedoch nicht euer Anliegen zu sein. Sind Soldaten und deren Angehörige eure Feinde?

Im Moment bringen sie ja eher AfghanInnen um. Früher war die Bundeswehr eine Massen- und Wehrpflichtigen-

armee, heute besteht sie zum Großteil aus Freiwilligen. Wir unterstützen intensiv die Antirekrutierungsarbeit. Nicht die persönliche Schmähung der Soldaten ist unser Ziel, sondern die Ächtung dessen, was sie tun. Unsere, den Ruf der Armee schädigenden Kampagnen halten vielleicht manche Jugendliche von der Bewerbung ab.

Der Aufruf ist auch in linken Kreisen strittig – bei allem Verständnis für das Anliegen. Blutverschmierte Soldaten mit Schweinekopf und Totenfeiern nehmen einige positiv als Satire, andere negativ als geschmacklos und zynisch wahr. Auch Entmenschlichung wurde Euch vorgeworfen. Rechtfertigt der Zweck die Mittel oder verstehen sich Linke nicht auf angemessenen schwarzen Humor?

„Geschmacklosigkeit“ ist keine politische Kategorie. Zuschreibungen wie „Zynismus“ und „schwarzer Humor“ verkennen, dass der Aufruf ein Mittel der Provokation ist. Und wer provoziert, muss nicht das tatsächlich meinen, was sie/er sagt. Natürlich müssen wir uns selbst fragen, ob unsere Kalkulation aufgeht, und ob wir verhältnismäßig vorgehen. Letzteres würden wir beja-

hen: Denn mit dem Ehrenmal erleben wir eine militaristische Politisierung der Trauer um tote Soldaten, in der bewusst die so genannte private Trauer der Angehörigen und Freunde mit einbezogen und instrumentalisiert wird – um die Weiterführung von Kriegen zu rechtfertigen. Dies nicht zum Thema zu machen, würde einen wichtigen Aspekt des entstehenden Kultes um tote Soldaten ignorieren. Trauer und Tod sind, so wie die Bundeswehr sie praktiziert, politische, kriegslegitimierende Strategien. Wir wollen diese Strategien zersetzen, indem wir das gleiche Thema, nur ganz anders, angehen. Wir entmenschlichen den Soldaten durch eine Schweinemaske, weil der Soldat durch seinen Kriegseinsatz bereits entmenschlicht ist. Das Mittel der Provokation hat also einen unmittelbaren Bezug zu dem, was mit der Provokation thematisiert werden soll.

Wie wollt ihr die Aufmerksamkeit, die Ihr bekommt, für euch bzw. antimilitaristisches Engagement nutzen?

Wir stellen unsere Homepage auf ein blogformat um, damit wir künftig schneller kurze, knackige Statements und Informationen einstellen können. Denn bei solchen Aufregern gibt es ja wahnsinnig viele Zugriffe auf unsere Seite, von Leuten, die uns sonst nie anklicken würden. Und wir wollen das Thema in Zukunft in der Linken verankern.

Info: www.bamm.de

★ Aus den Waffenschmieden der Nation ★

Die 1889 in Düsseldorf gegründete „Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik AG“ (Rheinmetall AG) gehört heute zu den führenden europäischen Rüstungskonzernen.

Die 1889 in Düsseldorf gegründete „Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik AG“ (Rheinmetall AG) gehört heute zu den führenden europäischen Rüstungskonzernen.

Schon die Unternehmensgründung erfolgte zum Zwecke der Rüstungsproduktion. Staatliche Aufträge und die Patentierung zweier Verfahren zur Herstellung nahtloser Rohre in den Jahren 1891 und 1892 sowie der Zukauf einer weiteren Waffenfabrik brachten das Unternehmen schnell auf die Gewinnerstrasse. Zu Beginn des ersten Weltkrieges war die Firma bereits einer der größten deutschen Rüstungshersteller. Die Belegschaft wuchs bis 1918 auf knapp 50.000 Personen an.

Nachdem der Krieg verloren war, zwangen die Bestimmungen des Versailler Vertrages zur Produktumstellung auf Lokomotiven, Eisenbahnwaggons und Landmaschinen. Doch schon kurz nach Ende des Krieges und der Beendigung der Besetzung des Rheinlandes durch belgische und französische Truppen stieg Rheinmetall wieder in die Waffenproduktion ein. 1933 erwarb Rheinmetall den Berliner Lokomotivhersteller Borsig AG und produzierte ab 1935 in grossem Stil für die Nazis Panzer, Gewehre und Kanonen. Während des zweiten Weltkrieges ging die Firma nahezu vollständig in den „Reichswerken Hermann Göring“ auf, die die Kriegsproduktion der Nazis im Bereich der Schwerindustrie vorantreiben sollte. Auch Rheinmetall beschäftigte Tausende von Zwangsarbeitern. Allein im Werk Unterlüss in der Lüneburger Heide wurden bei Kriegsende 5.000 Zwangsarbei-

DIE RHEINMETALL AG

ter von britischen Truppen befreit.

Nach der Befreiung 1945 waren die Werke im Westen nahezu vollständig zerstört, die Betriebe in der DDR enteignet worden. Hier wurden später u.a. Simson-Mopeds produziert. Bis 1950 durfte Rheinmetall nicht produzieren, in den Folgejahren wurden zunächst zivile Produkte hergestellt. Aber mit Gründung der Bundeswehr 1956 stieg Rhein-



Deutsche Panzer in Afghanistan
Foto: Fraktion DIE LINKE im Bundestag/ Steffen Twardowski

metall unverzüglich wieder ins Rüstungsgeschäft ein. Ab 1964 wurden dann auch wieder schwere Waffen hergestellt; es folgte die Herstellung von Panzern, deren Ausstattung und Bewaffnung mit neuartiger Technologie im Bereich des Geschützes. 1979 lieferte Rheinmetall den ersten „Leopard“-Kampfpanzer an die Bundeswehr aus.

1990 wurde der Geschäftsbereich auf neue Systeme für die Landstreitkräf-

te und Spezialfahrzeuge ausgeweitet. Es folgten Zukäufe in den Bereichen mittelkalibriger Waffen sowie Kanonen und Lenkwaffensystemen. Seit 1999 ist die Wehrtechnik des Konzerns in der „Rheinmetall Defence Technologies AG“ zusammengefasst. Im Jahre 2003 gründeten Rheinmetall und der Münchner Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann die PSM GmbH zur Herstellung des neuen

Ein weiteres Geschäftsfeld hat sich für den Konzern im Bereich der „Unmanned Aerial Vehicles“ (UAV) aufgetan. So entwickelte Rheinmetall zusammen mit dem israelischen Rüstungskonzern IAI eine Drohne vom Typ „Heron 1“, von denen bereits drei Exemplare in Afghanistan eingesetzt werden. Darüberhinaus verfügt die Bundeswehr seit 2007 über 60 UAVs vom Typ KZO („Kleinfluggerät Zielortung“) aus dem Hause Rheinmetall. Das „Aufklärungssystem“ KZO kann mit einer Kampfdrohne der israelischen Partnerfirma IAI gekoppelt werden - zur „punktgenauen Bekämpfung stationärer und beweglicher Ziele“.

Schützenpanzers Puma für die Bundeswehr. Im Jahre 2005 wurde Rheinmetall Mitgesellschafter der neugegründeten Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL). Bis 2013 ist diese für die Instandsetzung von Fahrzeugen und Waffensystemen der Bundeswehr verantwortlich. Im März 2008 erwarb Rheinmetall den niederländischen Panzerbauer „Stork PWV“, der „Boxer“-Panzer für die Bundeswehr und die niederländischen Streitkräfte herstellt. Ende 2009 gründeten

Rheinmetall und der Fahrzeughersteller „MAN“ - aus dem „mg-Verfahren“ bereits bestens bekannt - ein Joint Venture mit dem Namen „Rheinmetall MAN Military Vehicles“ zur Herstellung gepanzerter Fahrzeuge für die Bundeswehr - ein Ergebnis der Situation in Afghanistan. Zum Schutz der Soldaten werden hier in zunehmendem Masse Fahrzeuge benötigt, die über eine gepanzerte Fahrzeugkabine verfügen.

Der Umsatz des Unternehmens im Jahre 2008 betrug ca. 3,8 Milliarden Euro. Vergleicht man die Produktpalette von Rheinmetall mit dem Fahrzeug- und Waffenbestand der Bundeswehr, so wird deutlich, dass Rheinmetall einer der führenden Lieferanten ist. Ob Puma, Fuchs, Wiesel, Wolf, Marder, ob Keiler oder Leopard : es gibt kaum ein Waffensystem der Bundeswehr, an dem der Düsseldorfer Konzern nicht mitverdient.

★ ... Tag und Nacht, 'ne stete Produktion. ★

DER TERMINATOR

24.4.2010

16:00 Uhr Berlin

Heinrichplatz (X-berg)
Kundgebung zum 56. Geburtstag von Mumia Abu-Jamal

28.4.2010

Frankfurt (a.M.)

Jahrhunderthalle, antimilitaristischer Sekttempfang bei DHL-Jahreshauptversammlung

29.4.2010

19:30 Uhr Berlin

Galerie Olga Benario (Neukölln): „Für den Sieg im internationalen Klassenkrieg! Die imperialistischen Konzeptionen des ‚Institut for Security Studies‘ der Europäischen Union“ von Peer Heinelt.

30.4.2010

14:00 Uhr Berlin

Boxhagener Platz (Friedrichshain): Walpurgisnacht

17:00 Uhr Berlin

S-Bhf-Schöneeweide: Demonstration gegen die Nazi-Kneipe „Zum Henker“

1. Mai 2010

9:00 Uhr Berlin

U-Bhf. Wittenbergplatz, DGB-Demo mit klassenkämpferischem Block

12:00 Uhr Berlin

Boxhagener Platz (Friedrichshain): Demo „Kein Kiez für Nazis“. Initiative gegen Rechts Friedrichshain

18:00 Uhr Berlin

Kottbusser Tor, (X-berg): Revolutionäre 1. Mai-Demonstration

18:00 Uhr Hamburg

Bahnhof Altona: Revolutionäre 1. Mai-Demonstration

4.5.2010

18:00 Uhr Berlin

Kundgebung vorm Knast Moabit

6.5.2010

19:30 Uhr Berlin

Galerie Olga Benario (Neukölln): „Berichte über die aktuelle Situation in Afghanistan und von Begegnungen mit Opfern und Hinterbliebenen der Bombardierungen von Kunduz“ mit Christine Buchholz (MdB)

8. und 9.5.2010

Mittenwald: Befreiungsfeier am neuen Denkmal in Mittenwald mit Kundgebung, Zeitzeugenveranstaltung als Protest gegen das NS-Kriegsverbrechertreffen auf dem Hohen Brendten.

3.-12. Mai

19 Uhr Bremen, Paradox:

Am 6. Mai 1980 wurde der 25. Jahrestag des Natobeitritts der BRD mit einem öffentlichen Rekrutengelöbnis im Bremer Weserstadion gefeiert. Es kam zu breiten Protesten und vehementem militanten Widerstand, die dieses Ereignis zu einem Schlüsselmoment Bremer wie bundesweiter außerparlamentarischer Politik werden ließen. Zum 30. Jahrestag der „Schlacht am Osterdeich“ findet vom 3. bis zum 11. Mai eine Veranstaltungsreihe in Bremen statt.
täglich außer 7. & 9. Mai



**MUMIA ABU-JAMAL: KAMPF
GEGEN DIE HINRICHTUNG
UND FÜR FREIHEIT**

Wenn mensch Berichte über Mumia Abu-Jamals Prozessscharade der letzten knapp 3 Jahrzehnte liest, bleibt oft der Eindruck hängen, dass nichts passiere. Immer wieder weisen er und UnterstützerInnen darauf hin, dass die Justiz sich nicht an ihre eigenen Regeln hält und ihm regelmäßig in Sondergesetzgebung seine Rechte verweigert. Auch der unabänderliche Wille an seiner Hinrichtung zieht sich wie ein roter Faden durch diese Geschichte.

Soweit der oberflächliche Eindruck. Am 18. Januar diesen Jahres fiel eine mit Spannung erwartete Entscheidung vor dem US Supreme Court. Es ging hier um nicht mehr oder weniger als Mumias Leben. Zwar machte das Gericht deutlich, dass es die Aufhebung der Todesstrafe und gleichzeitige Umwandlung in lebenslänglich ohne Bewährung aus den letzten beiden Vorinstanzen für falsch hält, wollte aber die damit verbundene erneute Uminterpretation der US-Verfassung nicht selbst vornehmen. Hiermit beauftragte es das 3. Bundesberufungsgericht mit Sitz in Philadelphia. Noch ist nicht klar, in welcher Form und zeitlicher Vorgabe dieses Gericht nun mit der Weisung von oben umgehen wird, die letzte juristische Barriere einer staatlichen Ermordung von Mumia Abu-Jamal aus dem Weg zu räumen.

Das höchste RichterInnengremium der USA hat sich also nicht getraut, ohne weiteres die Todesstrafe gegen Mumia zu bestätigen. Formal wäre das möglich gewesen, aber die enorme Publizität, die Mumias Fall im letzten Jahr gewonnen hatte, ließen diese Variante für nicht opportun erscheinen.

Postsäcke voller Karten und Briefe an den Gefangenen, ungebrochene globale Kontinuität von Protesten vor US-Einrichtung, Petitionen, parlamentarische Initiativen sowie das verstärkte Medieninteresse an dem über 28 Jahre währenden Justizskandal konnten erneut das Schlimmste verhindern. Es bleibt vermutlich ein weiteres Jahr bis zum nächsten Richterspruch. Zeit für die weit gefächerte Solidaritätsbewegung endlich wieder in die Offensive kommen.

Natürlich geht es bei Mumia um den Kampf gegen die Todesstrafe - kein Staat hat das Recht, Gefangenen zu ermorden. Aber es geht auch um politische Repression, um Rassismus und die Frage der Solidarität. Eine Freilassung Mumias wäre ein großer politischer Erfolg der antagonisierenden Linken weit über die USA hinaus.

Hierzulande laufen derzeit Vorbereitungen auf Mumias 56. Geburtstag am 24. April 2010, der dieses Jahr auf einen Samstag fällt. In Berlin wird es um 16 Uhr eine Kundgebung mit Live-Musik auf dem Kreuzberger Heinrichplatz geben. Auch in Nürnberg, Leipzig und Kiel laufen Vorbereitungen, Mumia rund um dieses Datum aus der Isolation des Todestraktes ins öffentliche Bewusstsein zu holen. Zwar hat Mumia dann schon über die Hälfte seines Lebens im Knast verbracht, aber trotzdem ist den Herrschenden das unterdrücken politischen Widerspruchs durch Hinrichtung nicht gelungen. Im Gegenteil - heute lesen und hören viel mehr Menschen überall auf der Welt, was Mumia über die Zustände in den USA und darüber hinaus analysiert als vor seiner Verhaftung. Und er regt dazu an, die Lebensverhältnisse überall zu hinterfragen.

FREE MUMIA!**Weg mit der Todesstrafe - überall!**weitere Infos: www.mumia-hoerbuch.de
Berliner Free Mumia Bündnis

Am 13. Mai jährt sich zum 25sten Mal die Bombardierung des MOVE headquarters (HQ) 6221 Osage Avenue in Philadelphia durch Polizeikräfte und die fast vollständige physische Ausrottung seiner Mitglieder. Dieses Datum ging in die Widerstandsgeschichte als *Philadelphia tragedy* ein.

WIDERSTAND IN DEN USA

- ON THE MOVE

MOVE tauchte Anfang der siebziger Jahre als innerstädtische Kommune bzw. Stadtguerilla in West-Philadelphia/Pennsylvania auf. Die City of Brotherly Love war und ist eine der größten Städte der USA mit einem sehr hohen Anteil afroamerikanischer Bevölkerung. MOVE oder the movement wurde von John Africa, einem Korea Kriegsveteranen, begründet und basierte auf religiösen wie auch gesellschaftlichen Grundsätzen und Aktionen, die stark u.a. von den Black Panthers geprägt waren.

MOVE rekrutierte sich aus Verwandten und Freunden John Africas, war aber keine reine afroamerikanische Angelegenheit. Der Nachname Africa sollte an eine positive afrikanische Tradition und Herkunft anknüpfen. Ihre Lebensweise folgte naturalistischen Idealen und zeigte Parallelen zu den Howellites in Pinnacle/Kingston Jamaica der 40er Jahre, einer Urzelle der Rastas. Ihre Mitglieder trugen Dreadlocks, essen vegan (ital food) und betreiben keine Geburtenkontrolle. Die Kinder werden nicht zur Schule geschickt.

Um 1973 verfasste John Africa zusammen mit dem Soziologen Donald Glassey eine 300seitige Anleitung zum revolutionären Leben, die sog. Guidelines oder Book of life. Glassey sollte später ein Spitzel für die Polizei werden. Durch die Abkehr von der technisierten Welt, die im extremsten Fall Kriege zur Folge hat, aber auch der Abkehr vom städtischen Leben mit Luftverschmutzung, Drogen, Mord, Vergewaltigung, Raub und einer Hinwendung zu einem natürlichen Leben, sollte ein revolutionärer Prozess in der Metropole eingeleitet werden.

MOVE nahm aktiv an Demonstrationen und Kundgebungen mit einer mobilen Einsatzgruppe, der flying squad, teil. Es wurde aus den Guidelines zitiert und agitiert, aber auch die Anwesenden mit Obszönitäten beschimpft und provoziert. Es gab Kundgebungen und eine Blockade des Zoos, um den veganen Lebensstandpunkt zu unterstreichen. Hauptaugenmerk lag aber in der Kenntlichmachung von Polizeigewalt, die durch zahlreiche Kundgebungen vor Polizeireviere unterstrichen wurde. Immer wieder kam es zur Konfrontationen mit der Polizei, in deren Folge MOVE Mitglieder mehrfach verhaftet, schwer misshandelt und gefoltert wurden.

Powelton village

Ab ca. 1974 lebte die MOVE family gemeinsam in einem ehemaligen Haus

einer Cooperative in Powelton Village und agitierte von dort aus die Bevölkerung. Dafür wurde eine Plattform an das Haus angebracht, die mit einer Lautsprecheranlage bestückt war und über die tagelang gesendet wurde. Es gab eine kostenlose Essensverteilung in der community. Kurze Zeit bis zur Schließung durch die Polizei wurde eine Autowaschanlage betrieben. Durch die zunehmende Organisation und Öffentlichmachung ihres anderen Lebensstils, der keine Autoritäten und Erziehung im herkömmlichen Sinn duldete, wurden sie zu einer stetigen Bedrohung für die extrem rassistische Polizei von Philadelphia. Diese nutzte alle Beschwerden der Nachbarschaft z.B. das Kompostieren von Müll, das Halten von Tieren auf dem Grundstück, eine Rattenplage, um das MOVE HQ inspizieren zu können. Rückendeckung bekam sie durch den damaligen Bürgermeister Frank Rizzo, einem ehemaligen Polizisten, der an der gewaltsamen Bekämpfung der Black Panthers Anfang der 70er Jahre maßgeblich beteiligt war. Durch die zunehmende physische Bedrohung bewaffneten sich die MOVE Mitglieder zur Selbstverteidigung, trugen Uniformen und umgaben das Haus mit einem hohen Bretterzaun. Die wiederholten Versuche von Stadtangestellten das Gelände und Haus zu betreten, konnten abgewehrt werden.

MOVE 9

Im April 1978 spitzte sich der Konflikt zu. Etwa 1000 Sicherheitskräfte blockierten das Gebäude für 45 Tage, kein Wasser und Lebensmittel konnten in das Haus gelangen. Obwohl MOVE der Stadt entgegenkam, wurde ein 90tägiges Ultimatum zur Räumung gestellt. Nach dem Auslaufen der Frist kam es am 8. August vor und im Haus zu einer Schiesserei mit paramilitärisch ausgerüsteten Polizisten, in deren Folge ein Polizist (unter friendly fire) getötet wurde. Das Haus wurde daraufhin von der Feuerwehr geflutet (!), gewaltsam geräumt und zerstört, Delbert Africa von vier Polizisten vor laufender Kamera schwer misshandelt (siehe Bild). John Africa war zu diesem Zeitpunkt nicht im Haus. Neun Mitglieder von MOVE wurden des Third Degree Murders -ähnlich dem Todschatz- angeklagt und zu 30-100 Jahren Gefängnis letztendlich aufgrund ihrer MOVE Zugehörigkeit verurteilt. MOVE unterstützt seit dieser Zeit Gefangenen mit Aktionen, Kundgebungen und der Herausgabe einer Zeitung FIRST DAY.

1981 wurde John Africa mit anderen Move Mitgliedern in Rochester New York verhaftet und des Waffenbe-



Aus dem 4strugglemag: Gezeigt sind die noch 8 Einsitzenden der MOVE 9 und Delbert Africa, der am 8. Aug. 1978 bei der Räumung des MOVE HQ von Polizisten schwer misshandelt wurde.

sitzes und Sprengstoffbaus angeklagt. Er verteidigte sich erfolgreich selbst. Alle Anklagepunkte mussten fallengelassen werden.

In diesem Zusammenhang muss die Verhaftung Mumia Abu Jamals und seine Verurteilung zum Tode wegen Polizistenmordes 1982 gesehen werden. Mumia hatte immer wieder in seinen Radiomoderationen eindeutig Stellung für MOVE bzw. den MOVE 9 und gegen die Polizeigewalt ergriffen. Für seine Verteidigung vor Gericht versuchte er John Africa zu gewinnen, was jedoch vom Gericht abgelehnt wurde.

Philadelphia bombings

Anfang der 80er Jahre zog die MOVE family in ein Haus in die Osakas Avenue. Am 13. Mai 1985 warf die Polizei aus einem Hubschrauber zwei Brandbomben auf das MOVE HQ ab. In den nächsten Stunden brannte das Haus bis auf die Grundmauern ab. 60 umliegende Häuser wurden fast vollständig zerstört. Die Polizei hinderte die Feuerwehr an den Löscharbeiten. Über 10.000 Schuss Munition wurden verschossen, um die MOVE Mitglieder am lebensrettenden Verlassen des Gebäudes zu hindern. 11 Menschen, darunter 5 Kinder, verbrannten bis zur Unkenntlichkeit, unter ihnen John Africa. Ramona Africa und Birdie Africa, damals 5 Jahre alt, überlebten die

Bombardierung. Ramona wurde im Anschluss zu einer Haftstrafe von 7 Jahren verurteilt.

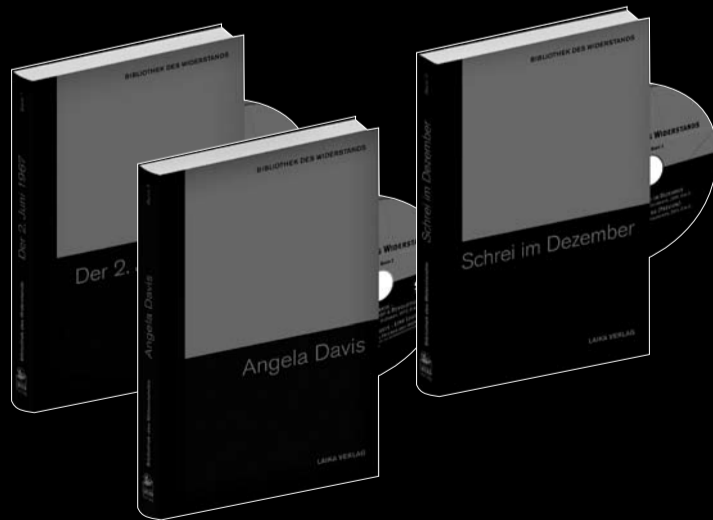
Für diesen brutalen Angriff hatten sich alle Beteiligten im Vorfeld Rückenbedeckung von der Justiz geholt. Tage vor dem militärischen Schlag wurden Teile der Umgebung evakuiert und Autos umgeparkt. Der zu dieser Zeit amtierende afroamerikanische Bürgermeister Goode ließ sich zu der Bemerkung hinreißen, es handle sich hier nicht um eine Bombe, es sei eher ein schlagendes Werkzeug. Eine breit gestreute mediale Empörung und Solidaritätsbekundungen zahlreicher Prominenter verpufften. Es dauerte Jahre ehe es zu Entschädigungszahlungen und einer spärlichen Aufarbeitung der Geschehnisse kam.

Von den inhaftierten MOVE 9 überlebte Merle Africa die Haft nicht und starb 1998 nach zwanzig Jahren Gefängnis. 2008 wurde eine vorzeitige (!) Entlassung der anderen acht Gefangenen vor einem Bewährungsausschuss, dem Pennsylvania Board of Probation and Parole, abgelehnt. Fast zeitgleich wurden neun Polizisten, die an der ersten gewaltsamen Räumung des MOVE HQ 1978 beteiligt waren von der Polizeibehörde geehrt.

Die MOVE family lebt heute in West Philadelphia.

BIBLIOTHEK DES WIDERSTANDS

100 Bücher mit den wichtigsten Filmen des Widerstands seit 1967



Informationen, Bestellungen und Abos unter
www.jungewelt.de/bibliothek oder
telefonisch unter 0 30/53 63 55 56

Herausgegeben vom LAIKA-Verlag
in Kooperation mit *junge Welt*

Die Tageszeitung
junge Welt
www.jungewelt.de

NETZWERK
der politische Förderfonds

Die Kampagnenzeitung »Ende einer Dienstfahrt«
wird herausgegeben vom Bündnis
für die Einstellung der § 129(a)-Verfahren.

V.i.S.d.P.:
Christian Winter
c/o Bündnis für die Einstellung
der § 129(a)-Verfahren
Haus der Demokratie und Menschenrechte e.V.
Greifswalder Straße 4 · 10405 Berlin

Das Bündnis ist wie folgt zu erreichen:
Presseanfragen: 01577/4300652
E-Mail: redaktion@einstellung.so36.net
<http://einstellung.so36.net>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. April 2010
Aktuelle Informationen sind zu finden unter
<http://einstellung.so36.net>

IMPRESSUM<http://einstellung.so36.net>